

Ist christliche Sozialpolitik möglich?

Eine Streitschrift zur Kritik der mikroökonomischen Vernunft, samt einem Vortrag zum Thema „Gutmensch“ und dem Einspruch gegen ein „Kuschelchristentum“ von Dr. Hans-Ulrich Hauschild

Herausgegeben von Helmut Schütz, Gießen

9. September 2007

Online veröffentlicht unter: <https://bibelwelt.de/hans-ulrich-hauschild/>,

<https://bibelwelt.de/christliche-sozialpolitik/>, <https://bibelwelt.de/gutmensch/>

und <https://bibelwelt.de/christliche-werte/>, außerdem als PDF-Datei:

URL: <https://bibelwelt.de/wp-content/uploads/2007/09/Hans-Ulrich-Hauschild.pdf>



Im Jahr 2007 nahm ich an mehreren Vorträgen von Dr. Hans-Ulrich Hauschild im Rahmen des Forum Pankratius Gießen teil und war beeindruckt von seinem streitbaren Engagement für soziale Gerechtigkeit. Er erklärte sich damit einverstanden, einen von ihm verfassten Brief an sich christlich verstehende Politiker, den Text eines Vortrages und seine Streitschrift für christliche Sozialpolitik auf der Bibelwelt zu veröffentlichen. Außerdem stellte er zu seiner Person folgende biographische Notizen zur Verfügung:

Dr. Hans-Ulrich Hauschild Jahrgang 1944

Studium Neuere Deutsche Literaturwissenschaften, Philosophie, Politikwissenschaft

Promotion 1974 mit einer Arbeit über Friedrich Hölderlin in seinen Beziehungen zum philosophischen Idealismus (Kant, Lessing, Schiller, Hegel)

Von 1974 bis 2001 Tätigkeit bei der Bundesanstalt für Arbeit (heute Bundesagentur), zuletzt als Direktor eines hessischen Arbeitsamtes, bis 2003 Ministerialrat im Hessischen Sozialministerium (Arbeitsmarktpolitik)

Mitglied des Kirchenvorstandes des ev. Pankratiusgemeinde Gießen

Vorstand Georg Schlosser Stiftung Gießen

Vorsitzender des Fördervereins ev. Pflegezentrale Gießen

Mitglied der Synode des Dekanats Gießen

Mitarbeit im ökumenischen Kirchenladen Gießen

Verantwortlich im Rahmen der Zusammenarbeit Pankratiusgemeinde ev. Stadtkirchenarbeit für das FORUM PANKRATIUS (wissenschaftliche und kulturelle evangelische Erwachsenenbildung)

Moderiert einen Bridgekreis in der Pankratiusgemeinde

Helmut Schütz

Inhaltsverzeichnis

Soziallehre versus Kuschelchristentum

Ein Brief über „christliche Werte“ in der Politik	3
---	---

Vortrag: „Gutmensch“

1. Vom Kantschen „Einfaltspinsel“ zum Westerwelle’schen „Gutmenschen“	5
2. „Moralist gegen Ökonom“	6
3. Kirche und Staat oder: Soziallehre vs. Kuschelchristentum.	7
Der kategorische Imperativ der Sozialpolitik	8

Ist christliche Sozialpolitik möglich?

Eine Streitschrift zur Kritik der mikroökonomischen Vernunft	14
Einleitung	14
Christliche Sozialpolitik	17
Metaphysik und Ökonomie	26
Christliche Sozialpolitik als Metaphysik für unsere Zeit	33
Schluss: Der kategorische Imperativ der Sozialpolitik	40



Soziallehre versus Kuschelchristentum

Ein Brief über „christliche Werte“ in der Politik

Frau Merkel, die Kanzlerin, hat – allerdings in ihrer Eigenschaft als Parteivorsitzende – erneut das Thema „christliche Werte“ in die Diskussion gebracht. Dabei hat sie die Kirchen aufgefordert, mitzudiskutieren, ihre Meinung in die Politik einzubringen.

Nun zur „christlichen Politik“: Christliche Werte gelten offenkundig als besonders geeignet, Kriegen, Terror und Verfolgung vorzubeugen. Und vielleicht galten sie auch als geeignet, soziale Perspektiven zu verwirklichen.

Deshalb hat die frühe CDU auch eine scharfe soziale Programmatik aufgegriffen; der Kapitalismus war es nach 1945 nicht, was dieser CDU vorschwebte. Man hat wohl auch erkannt, dass einige Wurzeln des speziellen deutschen Faschismus in marktradikalen, also kapitalistischen Praktiken lagen: die Arbeitslosigkeit, die man in der Weimarer Republik nicht als Erklärungsgrund für den Erfolg Hitlers klein reden darf, ist wohl auch eine Folge – natürlich nicht nur – kapitalistischer Denkweise.

Man möchte annehmen, dass diese doppelte Begründung: letztlich Friedfertigkeit und – warum es nicht beim Wort nennen – Sozialismus die christlichen Fundamente waren, auf denen das Programm der frühen CDU beruhte. Und heute? Was meint es, wenn „die“ CDU eine stärkere Betonung des Christlichen in der Politik fordert? Ausweislich der gedruckten Nachrichten bleibt diese Forderung ohne wirkliche Begründung. Wenn man aber alles, was in den letzten Jahren dazu gesagt und gefordert worden ist, zusammenfasst, bedeutet dies letztlich etwas eher Unverbindliches. Gemeint ist, vielleicht schreibe ich ein wenig polemisch, wohl das, was man unter Anständigkeit im menschlichen Zusammenleben versteht. Freilich, dies geht ganz gut auch ohne christliche Werte. Ist es „Gott“ in der Verfassung? Wenn ja, was bedeutet das dann? Etwa dieses: Du kannst nicht zwei Herren dienen, Gott und dem Geld?

Was also ist Christentum? Kann man mit Jesus „Staat machen“? Was ist Politik? Und wie kommen sie zusammen? Darum also sollte es gehen, wenn Kirchen und „Politik“ miteinander diskutieren über „christliche Werte“. Jedenfalls steht das Christentum mindestens dafür, immer wieder die eigentlich „Unannehmbaren“ anzunehmen („Der verlorene Sohn“); es ist verbindlich, eine Religion, die letztlich nach dem Vorbild Jesu sicherlich nicht kuschelt, sondern im Dienst (aber keine Sklavenmoral, sondern eine, die sich für „Sklaven“ einsetzt) für die „geringsten Brüder“ – heute vor allem auch Schwestern – ihre eigentliche moralische, gesellschaftliche und menschliche Bestimmung hat: wenn dies unsere Gesellschaft prägen soll, nach dem Wort von Herrn Papier und im Sinne von Frau Merkel, dann: alle Achtung.

Die Quelle meiner Überlegungen ist aber heute auch noch die FAZ, vom 21. Juni 2007. Ich fasse mich kurz: Überschrift dort: „Islam rechtlich nicht gleichstellen“ – auf

der ersten Seite – also bedeutsam. Inhaltlich geht es mir aber hier um die Aussage von Herrn Papier, BVG, der das Christentum als Basis unserer Wertevorstellungen und Einstellungen im positiven Sinne beschreibt und ihnen, diesen Wertevorstellungen „überragende Prägekraft“ zubilligt. Nun denn: diese Gesellschaft und ihr Wertesystem sind – dies scheint evident – geprägt von einem „Neo-Neoliberalismus“, der nicht einmal die einfachste Zuwendung – ausweislich der sog. Pflegereform oder der Mindestlohn-debatte – zu den „geringsten Brüdern“ (Neues Testament – „Was ihr einem meiner geringsten Brüder getan habt, habt ihr mir getan“, Jesus Christus, der sicherlich hinsichtlich einer Prägekraft anerkannt ist – übrigens ist dies der Wochenspruch für die jetzt zu Ende gehende Woche) fertig bringt. Geprägt auch von deutlicher Orientierung an einem seelenlosen Kapitalismus, etwa so ausgedrückt: „Eine Wirtschaftsordnung, welche die Arbeit lediglich als Produktionsmittel behandelt, verletzt die Würde des Menschen. Das spekulative Finanzkapital umkreist den Erdball ohne Beziehung zur Wertschöpfung und realen Gütern, getrieben lediglich von spekulativem Gewinn. Die Gewinnchancen sind offenbar am größten, je mehr Arbeitnehmer entlassen werden. Eine Wirtschaftsordnung, die Entlassungen regelmäßig mit Gewinnsteigerungen prämiiert, ist ein Schlag in das Gesicht jeglicher Vernunft, die sich auf Humanität beruft. Sie wird keinen Bestand haben...“ (Norbert Blüm). Dies sei ein Verstoß gegen die „christliche Soziallehre“.

Vereinbart sich eine christliche Orientierung wirklich mit einer marktradikalen Freiheitsvorstellung, mit Kopfpauschalen, mit zurückgelassenen – weil nicht ausreichend geförderten – Kindern in unseren Schulen, mit dem schrecklichen Satz einiger Liberaler aller Parteien: „Gutmenschen gehören ins Theater, nicht in die Politik“, wobei schon Kant 1761 diese Auffassung als im hohen Maße einer ernsthaften (auch christlichen) Moral entgegenstehend entlarvt hat.

Also meine Herren Lehmann (der war auch beteiligt – der Mainzer Bischof) und Papier, liebe Frau Merkel: welches Christentum meinen Sie nun? Dasjenige, das auch schon einmal Waffen gesegnet hat und seine Unterstützung mit dem Schlagwort „Helm ab zu Gebet“ zum Ausdruck gebracht hat – auch das war von hoher Prägekraft, wenn natürlich auch in einer anderen Zeit mit anderen Wertegrundlagen, dies sei zugestanden – oder das andere, das von Herrn Blüm und mir, dem gesellschaftlich eher unmaßgeblichen Kirchenvorsteher einer evangelischen Kirchengemeinde in Gießen? Offenbar wenigstens dasjenige, das, da haben die Herren ja Recht, unsere moderne Gesellschaft „überragend geprägt“ hat. Denn wenn die Gesellschaft ist wie sie ist – also in einem sehr merkwürdigen Sinne freiheitlich und wirtschaftsliberal – und Christentum diese Prägekraft hat, was folgt daraus? Hier beginnt die Diskussion, wenn die Antwort kommt. Ich jedenfalls würde die Antwort eher bei Blüm und der klassischen christlichen Soziallehre und im Neuen Testament suchen also bei jenen, die allen Menschen, die auf dieser Basis handeln und reden, das abfällig gemeinte Wort „Gutmenschen“ ironisch und böswillig nachrufen. Mir ist allerdings die Christ-

lich Soziale – oder meinetwegen auch Demokratische – Union viel zu wichtig, um sie jenen neoliberalen „Gutmenschen-Ironisierern“ zu überlassen.

Liebe Grüße

Dr. Hans-Ulrich Hauschild, Gießen

Gutmensch



Zur Einstimmung ein Goliath-Cartoon mit freundlicher Genehmigung von Thomas Plassmann (veröffentlicht am 9.7.2007 in der Frankfurter Rundschau, S. 12). Auf www.thomasplassmann.de sind weitere Cartoons und Comic Strips von Thomas Plassmann zu finden.

Ich beginne diesen Vortrag mit drei grundlegenden Bemerkungen – jedenfalls grundlegend für mich und für das, was ich mit diesem Vortrag will. In allen drei Fällen handelt es sich um Eindrücke aus der aktuellen politischen Diskussion, die jeder in den Medien nachvollziehen kann.

1. Vom Kantschen „Einfaltspinsel“ zum Westerwelle’schen „Gutmenschen“

Immanuel Kant schreibt in seiner frühen Moralphilosophie (60er Jahre des 18. Jahrhunderts) sinngemäß etwa so: „In der bürgerlichen Gesellschaft sind Ränke und falsche Kunstgriffe allmählich zur gewöhnlichen Maxime der menschlichen Verhaltensweise geworden und haben das Zusammenleben zwischen ‚Betrügnern‘ (Ränkeschmieden) und dem ‚guten Mann‘ für letzteren fast unerträglich gemacht. Jener ‚gute Mann‘ gilt den ‚Schelmen und Ganoven‘ – also den Betrügern – nur noch als Einfaltspinsel.“

Kant wird seine Moralphilosophie 20 Jahre später entschieden systematisieren: aber in diesem Sinne. Davon aber soll hier nicht die Rede sein. Nur von der „Schwundstufe des Liberalismus“ und dem Verhältnis zwischen politischer Freiheit und schran-

kenloser Willkür der Privatisierung will ich sprechen. Wo ist der Zusammenhang zwischen Moralphilosophie und Neoliberalismus des 21. Jahrhunderts? Genau da, wo Kant ihn sieht und beschreibt: Wo Freiheit die der (modernen) „Betrüger“ ist, also die schrankenlose des Kapitalverkehrs, sind „Ränke und Kunstgriffe“ eben zu einer allgemeinen Maxime auch einer modernen Gesellschaft geworden. Faktisch leiden jene darunter, denen Solidarität nicht mehr geboten wird, intellektuell die verächtlich „Gutmenschen“ genannten Mitbürger/innen.

Neulich war ein Artikel in der FR zu diesem Thema. Und da erinnere ich mich an ein Zitat von Westerwelle: „Gutmenschen gehören nicht in die Politik, sondern in das Theater“. Genau das ist es. Kant kritisiert diese Einstellung zu Menschen mit Gesinnungs- und Verantwortungsethik – bitte nicht gegeneinander ausspielen.

Übrigens: das oben stehende Zitat Kants steht in seiner Schrift: „Versuch über Krankheiten des Kopfes“ – soll ich weiter reden? Ja: noch soviel: setzen wir an die Stelle des Theaters von Westerwelle das Schicksal, das krankhaften Einfaltspinseln droht: die Psychiatrie, so haben wir es. Nein, jene Einfaltspinsel und „Gutmenschen“ gehören vor dem Hintergrund dieses seltsamen, verderbten Freiheitsbegriffs in die Politik, die ändern in das Theater. Übrigens gibt es ja offenbar auch in der CDU solche Einfaltspinsel, die CDA (Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft), die sich erlaubt hat, ein Pflegeversicherungsmodell vorzuschlagen, das durchaus den „solidarischen Bürger“ und nicht den „egoistischen Bourgeois“ in den Mittelpunkt stellt. Müssen die jetzt auch ins Theater?

2. „Moralist gegen Ökonom“

Ich beschäftigte mich ein wenig und am Rand in diesen Ausführungen auch mit der Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“. So weit ich sehe, ist es dieser Initiative ein wichtiges Anliegen, die Hoheit über Begriffsdeutungen zu bekommen. Wer über diese verfügt, kann – man unterschätze dies nicht – sprachlich beliebig manipulieren. Und Metaphern etwa, aber auch vorsichtig direkte Sprache, sind ein sehr beliebtes Mittel, Politik zu machen und sich gleichzeitig zu decken.

Zur Sache: ein Beispiel für die Hoheit über Begriffe ist das Gegensatzpaar „Moral“ und „Ökonomie“. Jemandem, der den Primat der Wirtschaft für schädlich hält als dominante Konstante einer Gesellschaftspolitik, wird schon gerne das abschätzig gemeinte Wort „Moral“ oder „Moralist“ entgegen gehalten, zuweilen sogar (in manchen Hinweisen der bereits im „Netzwerk“ sich findenden Zeitungen) begegnet dies in der Form „moralinsauer“ – dieses eine Ansicht, Theorie oder ganze Lebenseinstellung mit einem Schlag lächerlich machende Wort versenkt die Kritik am Bestehenden in den Sumpf des gesellschaftlich Minderwertigen. Wollen wir da wirklich mit-tun? Jemand, der z. B. völlig richtig mikroökonomisch auf die Zusammenhänge zwischen Produktivität und Lohnhöhe hinweist, ist noch kein „Nurökonom“ ohne jede

Moral, und jemand, der möglicherweise makroökonomisch weiß, dass Lohnhöhen nicht nur im Betrieb, sondern z. B. auch gesellschaftspolitisch oder wenigstens eben volkswirtschaftlich Auswirkungen haben und vor allem eben im gesellschaftlichen Willensbildungsprozess bedacht werden wollen, ist noch kein „Nichtökonom“. Im Übrigen werden beide Positionen auch von ethischen Grundüberzeugen getragen, im mikroökonomischen Fall wohl die Position des Utilitarismus, im andern geht es schon prinzipieller zu.

3. Kirche und Staat oder: Soziallehre vs. Kuschelchristentum

Dabei ist die Quelle meiner Überlegungen diesmal die FAZ, vom 21.6.07. Ich fasse mich kurz: Überschrift dort: „Islam rechtlich nicht gleichstellen“ – auf der ersten Seite – also bedeutsam. Inhaltlich geht es mir aber hier um die Aussage von Herrn Papier, BVG (Bundesverfassungsgericht), der das Christentum als Basis unserer Wertevorstellungen und Einstellungen im positiven Sinne beschreibt und ihnen, diesen Wertevorstellungen, „überragende Prägekraft“ zubilligt. Nun denn: diese Gesellschaft und ihr Wertesystem sind – dies scheint evident – geprägt von einem „Neo-Neoliberalismus“, der nicht einmal die einfachste Zuwendung – ausweislich der sog. Pflegereform oder der Mindestlohndebatte – zu den „geringsten Brüdern“ (Neues Testament) fertig bringt. Geprägt auch von deutlicher Orientierung an einem seelenlosen Kapitalismus, etwa so ausgedrückt: „Eine Wirtschaftsordnung, welche die Arbeit lediglich als Produktionsmittel behandelt, verletzt die Würde des Menschen. Das spekulative Finanzkapital umkreist den Erdball ohne Beziehung zur Wertschöpfung und realen Gütern, getrieben lediglich von spekulativem Gewinn. Die Gewinnchancen sind offenbar am größten, je mehr Arbeitnehmer entlassen werden. Eine Wirtschaftsordnung, die Entlassungen regelmäßig mit Gewinnsteigerungen prämiiert, ist ein Schlag in das Gesicht jeglicher Vernunft, die sich auf Humanität beruft. Sie wird keinen Bestand haben...“ (Norbert Blüm). Dies sei ein Verstoß gegen die „christliche Soziallehre“.

Also meine Herren Lehmann (der war auch beteiligt – der Mainzer Bischof) und Papier: welches Christentum meinen Sie nun? Dasjenige, das auch schon einmal Waffen gesegnet hat und seine Unterstützung mit dem Schlagwort „Helm ab zum Gebet“ zum Ausdruck gebracht hat – auch das war von hoher Prägekraft – oder das andere, das von Herrn Blüm und mir, dem gesellschaftlich eher unmaßgeblichen Kirchenvorsteher einer evangelischen Kirchengemeinde in Gießen? Offenbar wenigstens dasjenige, das, da haben die Herren ja Recht, unsere moderne Gesellschaft „überragend geprägt“ hat. Denn wenn die Gesellschaft ist wie sie ist und Christentum diese Prägekraft hat, was folgt daraus?

Von den Gutmenschen und den Moralisten handelt dieser Vortrag ganz zentral. Und er handelt vom Christentum als grundlegender gesellschaftlicher Botschaft in einem

äußerst liberalen und rationalen Sinn: eine liberale – natürlich nicht im Sinne des Neo-Neoliberalismus – Vernunftreligion, die im Sozialen und in der Ethik ihre irdische Erfüllung findet – was gleichzeitig auch besonders stark vor jedem Fundamentalismus schützt.

Der kategorische Imperativ der Sozialpolitik

Ich habe diesen Vortrag mit I. Kant begonnen und mitgeteilt, dass seiner „Psychiatrictheorie“ in „Von den Krankheiten im Kopf“ eine ausgearbeitete Metaphysik in ethischer Hinsicht folgt. Metaphysik, die sich zum einen den Alltagsnöten der Menschen zuwendet, indem sie die hinter diesem Alltag liegenden Fragen klärt, zum anderen aber klare Hinweise dazu gibt, warum etwas so ist wie es ist und nicht vielmehr anders und wie es sein sollte, damit postulierte Ideen realisiert werden, ist in diesem Vollzug politische Philosophie. Schon deshalb auch, weil es Gesetze, bürgerliche Normen, gibt, die ebenfalls auf hinter der Wirklichkeit liegenden Vorstellungen beruhen und weil jede gute Politik der Leitidee bedarf. Kant etwa unterscheidet Handlungen, die wegen Pflicht und aus Pflicht geschehen. Ersteres sind weltlich-bürgerliche Gesetze, das andere resultiert ganz ohne bürgerliches Zutun aus der Autonomie des freien, moralischen Menschen. Gesetze müssen politisch durchgesetzt werden. Dafür braucht es Verabredungen, die jeweils von der geltenden gesellschaftlich mehrheitsfähigen Moral bestimmt sind. Dafür muss der Mensch nicht autonom sein. Jedoch derjenige, der es ist, also rein aus Pflicht handelt, braucht die Gewissheit, dass eine Einstellung und seine Handlungen auch mit einem höchsten Gut verbunden sind.

Die Metaphysik für unsere Zeit – als Sollensmetaphysik – muss über das hinaus sehen, was verabredet ist, auch wenn sie es als Gegebenes anerkennt, um nicht terroristisch und totalitär zu werden. Sie muss es korrigieren, jedenfalls den Versuch dazu unternehmen, vor allem auch dann, wenn sie erkannt hat, dass diese Verabredungen, wie derzeit evident, eine Gesellschaft, die Menschheit nachhaltig schädigen. Ein Handeln nach dieser Metaphysik heißt immer so zu agieren, dass der Mensch – so sagt Kant – Zweck, niemals Mittel der Handlungen und Ziele ist. Es heißt auch immer so zu handeln, dass auch das konkrete Handeln ein allgemeines oder gar Naturgesetz sein kann. Dies ist Kants Maßstab im „kategorischen Imperativ“. Dies ist keine materielle Ethik, sondern abstrakte Norm, überzeitlich gültig, unabhängig vom Zeitgeist. Diese Moral lässt zeitgebundene durchaus zu, prüft sie nur an diesen Zielen.

Der Neoliberalismus, der Kapitalismus haben ihr Funktionieren an das Böse gebunden, an den homo oeconomicus, anstatt dessen sollte die Gesellschaft ihre Angelegenheiten auf das Prinzip des autonomen, freien, nur an die hier beschriebene Sollensmetaphysik gebundenen, Menschen stellen. Sie tut es nicht und begnügt sich vor dem Hintergrund dieses Befundes damit, ethische Verabredungen zu treffen, die

dem Instinkt dieses Naturburschen – des nur wirtschaftlich denkenden und auf seine, und nur seine, Vorteile bedachten Menschen – folgen. Dies kann auf die Dauer nicht gut gehen. Die Kirchen – die protestantischen werden es nach Lage der Dinge nur nach einer Bereinigung ihrer Rechtfertigungslehre können – sollten sich an die Spitze einer Bewegung setzen, die eine neue kopernikanische Wende in Moralfragen einleitet. Sie allein wird dies können; denn: möglichen anderen Gruppierungen, gut meinenden humanistischen, den Linksparteien oder anderen vergleichbaren, fehlt die metaphysische Basis, jedenfalls ein Teil davon. Diese werden im Zweifelsfall – im Grenzfall – sich auch nicht nach dem absolut Gebotenen, sondern nach dem Nützlichen richten. Niemand außer dem von mir hier so genannten höchsten Gut garantiert ganz langfristig dem glückswürdigen Mensch auch die Glückseligkeit und damit ein Gelingen auch der langfristigen Überzeugungs- und Erziehungsarbeit.

Was ist diese „kopernikanische Wende“ in ethischen Angelegenheiten? Ganz einfach der Schritt vom Wissen zum Glauben, aber in Kants Sinn. Kant hat die Wissenschaften nicht klein geschrieben, sondern ihnen einfach den Platz zugewiesen, den sie haben: den der empirischen Erkenntnis und den darauf aufbauenden praktischen Folgen – im Guten wie im Bösen. Was jedoch gut, was schlecht ist, entzieht sich der Entscheidung, Prüfung und letztlich auch Umsetzung der Einzelwissenschaften. Das heißt auch, das, was wir wissen können, sollen wir durch unser Erkenntnisvermögen auch erarbeiten, das, was wir nicht wissen – erkennen – können, müssen wir glauben, wenn wir gerade auch der praktischen Lebensbewältigung ihre Ziele geben wollen – und das müssen wir, weil sonst der Mensch, die Menschheit orientierungslos durch Gegenwart und Zukunft irrt. Glauben also ist Metaphysik als Wissenschaft in diesem bereinigten Sinne. Glauben heißt postulieren von Ideen, ohne die wir langfristig – manchmal auch kurzfristig schon – keine Zukunft für die Menschheit gewinnen können. Diese Ideen habe ich benannt und wiederhole hier sie noch einmal: Sittlichkeit als Vernunftfaktum, Gott als höchstes Gut in Verbindung mit der Würdigkeit zum Glück, Unsterblichkeit als Ausgleich für die Niederlagen, die ein guter Wille im Alltagsstress, den wir mit den verabredeten Konventionen (so genannte Tugenden) der derzeit neoliberalen Gesellschaft haben, hinnehmen muss. Klingt das nach Vertröstung? Nein, es ist notwendig, um die Glückseligkeit wenigstens annehmen zu können. Nur: deutlich mag auch geworden sein, dass die Glückswürdigkeit eine große Rolle dabei spielt. Und was anderes als diese Kant'sche Glückswürdigkeit ist endlich der Richter-Spruch des nach dem Neuen Testament zum Richter berufenen Jesus über unser Leben?

Theologische Metaphysik ist nur als Moralphilosophie möglich. In der Zeitung war zu lesen, dass Ethik „schwer“ sei – dies kam von einem Wirtschaftsvertreter. Andererseits gibt es Firmenethik, Firmenphilosophie, häufig zur Dutzendware verkommen, billig und wohlfeil. Es handelt sich dabei häufig einfach nur um eine Nützlichkeits-

ethik, nützlich für die Betriebe, selbst wenn der Mitarbeiter, der Kunde oder irgendwelche hohl formulierten Ziele im Mittelpunkt stehen. Meist geht es dabei um die Frage, wie man die Effizienz der Mitarbeit im Interesse von deren Verwertbarkeit steigern soll. Dies, so darf ich hier schon sagen, ist keine Ethik, jedenfalls keine, die diesen Namen verdient. Bei der hier im Mittelpunkt stehenden Sollensmetaphysik geht es allein um die Frage, wie man die Verhaltensweisen und Entscheidungen der Menschen aus freiem Willen abstrakt, gültig, zeitlos über den Interessen Einzelner und ganzer Gruppierungen stehend definieren und bestimmen kann. Es geht – kurz – um nichts Inhaltliches, sondern um formale Festlegungen, nicht um Werteethik, sondern um „Gesinnungsethik“ – es ist nichts gut als allein ein guter Wille. Dies heißt nichts anders als: jede Beimischung von Motiven, Inhalten, Wünschen, Neigungen mag nützlich sein, ihre Folgen können positiv oder negativ sein, allein die Gesinnung, die Absicht, zählt. Eine metaphysisch bestimmte Ethik hat keine Inhalte, weil diese sofort infrage gestellt werden können. Inhalte von der Art wie oben angedeutet sind nie frei von Interessen, Beimischungen, Neigungen und können, im Grenzfall, auch unterbleiben. Ethik ist also dann aus Sicht der Sollensmetaphysik zu sehen, wenn sie frei von Kalkulationen über Vorteile, ja sogar Folgen der Entscheidungen, die den Handlungen vorausgehen, bleibt. Eine Tat ist nicht deshalb gut, weil sie „Gutes“ bewirkt, sondern allein deshalb, weil sie dem Pflichtbegriff adäquat ist, weil sie Gutes will. Man unterscheidet sehr gerne zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik: dies hier ist beides. Wenn man diese Unterscheidung trifft, so stets in polemischer Absicht. Gesinnung sei leer und ohne Bezug auf konkretes Tun, Verantwortungsethik gilt als das höherwertige moralische Prinzip. Dabei lassen sich beide nicht auseinander definieren.

Die hier aufgestellte Ethik sieht auf den ersten Blick wie eine reine Gesinnungsmaxime aus: nur der gute Wille zählt, nicht die Verantwortung für die Folgen einer Handlung, die aus dieser Gesinnung geschieht. Jedoch übersieht diese Kritik, dass unablässig zu dieser Gesinnung die freie Willensentscheidung steht: danach ist eine Handlung dann moralisch, wenn sie aus Pflicht geschieht – Pflichterfüllung vor dem abstrakten Sittengesetz, was wiederum nur einer autonomen Persönlichkeit möglich ist. Handlungen müssen, um moralisch zu sein, auch zurechenbar sein. Und wem etwas zugerechnet werden kann, der hat die Verantwortung dafür zu tragen. Ganz im Gegenteil wird unsere Sollensmetaphysik eine Ethik zu nennen sein, die in hohem Maße Verantwortung für das Ganze übernimmt, denn: im Mittelpunkt dieser Ethik steht „das Reich der Zwecke“, nicht der Mittel. Die oben kurz gekennzeichnete Wirtschaftsethik ist rein instrumentell, wie jeder Utilitarismus, in der nach Kant ausgeführten Moralphilosophie ist der Mensch immer der Zweck des Handelns. Zweck heißt hier: sein Schicksal, seine Möglichkeiten, seine Unversehrtheit stehen im Mittelpunkt jeder Handlung, gerade auch politisch.

So kommen wir zu dem klaren ersten Zugriff auf unseren kategorischen Imperativ: handle stets so, dass deine Mitmenschen immer im Mittelpunkt deiner Bemühungen stehen – hier ist die Menschheit gemeint. Handle nie so, dass der Mensch zum reinen Instrument irgendwelcher politischen und wirtschaftlichen Ziele verkommt. Der einzelne Mensch wie die gesamte Menschheit stehen dann natürlich auch im Mittelpunkt jeder Politik. Sie sind der Zweck, das Ziel und die Bestimmung ethischer Maßstäbe. Dies ist mit dem „Reich der Zwecke“ gemeint. Ein solcher Imperativ, er ist nun einmal kategorisch, also ausschließend, unmittelbar und sozusagen kompromisslos, muss natürlich „zeitlos“ sein, nicht dem Geschmack irgendwelcher Tugendlehren, irgendeiner Wirtschaftsethik unterliegen. Unter ihm kann es zeitgebundene Anschauungen und Verabredungen geben, die sich aber daran messen lassen müssen. Was vor 100 Jahren Moral war ist es heute nicht mehr, was aber vor 100 Jahren – wenn es galt – prinzipiell gelten durfte, darf es heute auch.

Wo bleibt der Gutmensch? Dieser fühlt sich einer Sollensmetaphysik – so ziemlich das Gegenteil von Utilitarismus – verpflichtet. Diese Sollensmetaphysik hat einige wesentliche Kriterien, nämlich ein als Vernunftfaktum gegebenes Sittengesetz, die Freiheit des Menschen und seine Verantwortung für seine Handlungen und der aus beidem resultierende „gute Wille“, der allein uneingeschränkt „gut“ ist. Für uns kommt hinzu das Leben Jesu als historisches – und geoffenbartes – Vorbild für inhaltlich richtiges Handeln, das einzige, was einer Werteethik näher kommt. Aber ohne einander kommen diese beiden nicht aus: der dienende Gott ist ein Beispiel, gleichzeitig aber auch ein Postulat, das mit dem „höchsten Gut“ identisch ist. Es ist im Christentum ein höchstes Gut, das bis zur Selbstaufgabe dient und damit den Weg für die Einsicht in richtiges Handeln gemäß Pflicht freimacht. Bei dieser Pflicht handelt es sich auch und nicht ganz zuletzt um eine Pflicht zu sozialem Handeln. Daraus folgt für mich ganz zwingend, dass ein Reich Gottes auf Erden zu bewirken unser höchstes religiöses und damit moralisches Ziel sein muss. Dieses Reich ist vor allem eines, in welchem all die leidenden Menschen, die Außenseiter, die Sklaven und die Armen alles das nicht mehr sind. Solange wir dies nicht vermögen und bis zur Verwirklichung dieser Forderungen sind wir auch nicht mit dem Christengott wirklich versöhnt. Und: wir haben die Forderungen aus Jesu Leben, Sterben und Auferstehung nicht verstanden und schon gar nicht befolgt. Die so abschätzig Gutmenschen genannten Kritiker der Moderne stehen also vollständig rational auf der Seite der Vernunft – nicht sie, sondern Herr W. muss in ein Theater.

Nach Kant kommt demnach die Religion aus der Moral, sie ist notwendige Folge des Strebens des Menschen nach Glückseligkeit, die Glückswürdigkeit voraussetzt. Das heißt nicht, dass Gott – als Postulat und regulative Idee – nicht objektiv wäre, dies heißt nur, dass er nur durch eine praktische Metaphysik erkennbar ist, nicht in der naturwissenschaftlichen oder mathematischen Theorie. Für unsere Sollensmetaphy-

sik ist der Zusammenhang noch dialektischer. Wir haben durch das Leben Jesu klare Hinweise auf eine unabdingbare Ethik, finden aber umgekehrt nur in einem höchsten Gut, das zuvor philosophisch definiert war, eine letzte Vernunftbegründung. So ergänzen und bedingen sich Metaphysik und Religion unmittelbar. Genau das ist das, was zur Sicherheit menschlich einwandfreien moralischen Handelns erforderlich ist: humanistische Begründungen reichen nicht, weil sie nicht zweifelsfrei auch in Grenzfällen menschlicher Situationen das Richtige tun lassen; rein religiöse Begründungen bleiben insofern schwierig, als ihnen eine letztlich solide gedankliche Basis in der menschlichen Vernunft fehlt. Nur beides zusammen leistet letztlich die Garantie für im Sinne unserer Metaphysik „erfolgreiches“ Handeln, so dass mein „kategorischer Imperativ“, der Imperativ der Sozialpolitik, wie folgt zu fassen wäre:

„Handle stets so, das der Mensch immer Zweck deiner in freier Willensentscheidung begründeten Handlungen ist und sei dabei sicher, dass das Leben Jesu Dir dafür die rechten inhaltlichen Anhaltspunkte, Hinweise und Forderungen gibt.“

Hier sind materielle und formelle Ethik zusammen gedacht. Eine Menschheit, ein Land, eine Nation, eine Gruppe, der Einzelne, die so denken und handeln, können mit Sicherheit niemals Kriege anzetteln, Armut verursachen, Naturkatastrophen nach Kassenlage verhindern oder deren Folgen nach sozialer Klasseneinteilung regulieren; sie können niemals zu wenig für die Bekämpfung von Hunger und Krankheit tun, sie werden nie das Gewinnmaximierungsprinzip in den Vordergrund ihrer Handlungen rücken, sie werden öffentlich handeln wo es erforderlich ist und notwendige Entscheidungen und Aktionen nicht Privaten überlassen, deren Interesse sicherlich nur ein ökonomisches ist – wir kommen somit auch zu einer Kritik der reinen instrumentellen Vernunft, deren Anwendung in der gesellschaftlichen Praxis sich nach oben beschriebenem kategorischen Imperativ verbietet.

Wie zu sehen ist lebt diese metaphysische Ethik von einer Art Vernunftreligion, in der Gott – auch Jesus war und ist Gott – notwendiges Postulat einer praktischen Vernunft ist und bei der zugleich die wesentliche Voraussetzung in der Nachfolge Jesu auf seinem Weg im Dienste der Randfiguren, der Armen, Unterdrückten, der Sünder besteht. Dies alles zusammen ist hier zu einer Art echter bürgerlicher Moderne zusammengebunden, die uns auch in der Sozialpolitik Maßstäbe und Garantien an die Hand gibt, die wir für unser Handeln und Beurteilen dringend benötigen.

Auch Kant hält die Frage nach Gott für unabweisbar, weil die menschliche Vernunft wie von selbst auf diesen letzten Verursacher aller Dinge, der Natur, des Menschen, man kann ihn auch Schöpfer nennen, zu sprechen kommt. Diese Vernunft will wissen, wie man etwas, das man in keiner Weise sehen, spüren, erfahren kann, dennoch mit den Mitteln der Philosophie erkennen kann, also Urteile über etwas abgeben kann, über das es schlechterdings Erfahrungen nach wissenschaftlichen Maßstäben nicht geben kann.

Eine Umsetzung dieses kategorischen Imperativs der Sozialpolitik ist nur möglich, wenn wir unsere Gesellschaft auf die Basis eines Sittengesetzes stellen, das, obwohl abstrakt und immer geltend, die berechtigten Anliegen einer modernen Welt mit ihren relativen Geltungen von Sitte und Alltagsmoral, von Zielen, Wünschen und Befindlichkeiten berücksichtigt. Gleichzeitig jedoch hat diese Metaphysik zur Voraussetzung, dass sie als empirische Basis, nicht als theoretische, das Leben Jesu akzeptiert, ein Leben, das in seiner bedingungslosen Liebe gleichzeitig aber genau so bedingungslos fordert, herausfordert zu verbindlichen, verpflichtenden Taten im Interesse einer Menschengesellschaft, die ihr Himmelreich langfristig auf Erden aufpflanzen will – „Reich Gottes auf Erden“.

Was also wollen wir heute mit dieser abgestandenen Begrifflichkeit „Reich Gottes“? Soll diese jetzt zur Grundlage einer modernen politischen Organisation im Angesicht der so genannten Globalisierung werden? Wir haben es im ersten Teil, in der theoretischen Grundlegung, so angedeutet. Es bleibt die einzige Möglichkeit, ein für alle erträgliches Leben zu schaffen. Dieses Reich Gottes – dies ist die erste Konsequenz aus der Sollensmetaphysik – ist vollständig von der Ökonomisierung des Lebens befreit, es ist aber auch bereit zu einem rationalen Umgang mit ökonomischen Prozessen in dem Sinne, dass diese Prozesse zu einer reinen Funktion herabgestuft worden sein. Dies ist also die erste Forderung an den neuen Staat: Ökonomie – schlagwortartig – ja, keine „Durchökonomisierung“. Denn eines ist sicherlich klar: dass Wirtschaften notwendig ist, um Leben zu gestalten, überhaupt zu führen, wird niemand bestreiten. Was hier, dies ist natürlich keineswegs irgendwie neu, bestritten wird, ist die Notwendigkeit, alles dem Prinzip des homo oeconomicus zu unterwerfen, einem Prinzip also, das im Vordergrund seiner Maxime keinen Inhalt, keinen Wert sieht, dem es vollständig gleichgültig ist, was „bewirtschaftet“ wird, wenn nur ein Profit dabei herauskommt. Dies ist kein Kitt für Jahrhunderte.

Da aber nun einmal – wie ebenfalls oben gezeigt wurde – der diese Welt tragende Geist, der menschliche, im Sinne der metaphysischen Feststellungen „böse“ ist, also ökonomisch gesonnen, ist die zweite Forderung an unseren reformierten Staat: die Erziehung, Aufklärung, mit einem Wort, die Vorbereitung zum Abschied vom Nichtprinzipiellen (Marquard verkehrt). Denn: Ökonomie – wird sie so betrieben und ideologisch verteidigt und begründet – ist prinzipienlos im schlechtesten Sinne, es kommt aber darauf an, Prinzipien, Maxime zu haben, die langfristig wirklich weiter führen.

Diese sofort umzusetzenden Maßnahmen sind: die Entmachtung des Ökonomen und die Aufklärung des Menschen. Wie bringen wir dies in „Staat“? Womit machen wir dann Staat? Wir wollten mit diesem kleinen Buch eine theoretische Grundlage für den Aufbau öffentlichen Handelns schaffen. Eine zukünftige „Organisationenlehre“ dieses kategorischen Imperativs der Sozialpolitik, diese Lehre würde in einem

zweiten Teil folgen, müsste die beiden folgenden Aufgaben sofort angehen, damit sie langfristig erledigt werden: zum einen die Relativierung des Einflusses der Ökonomie durch Organisationsreform im Staat und in der Gesellschaft. Zum anderen der Aufbau einer durchgehenden Aufklärung der Menschen mit Hilfe einer Sollensmetaphysik und dem Ziel, dem Menschen – er hat einen freien Willen – Anhaltspunkte an die Hand zu geben, warum er sich besser gegen das „böse“ – also gar kein – Prinzip und für das Leben Jesu entscheiden sollte, so schwer es auch fällt.

Nun wollen wir in diesem kleinen Vortrag unsere Eingangsüberlegungen begründen und weiter führen mit konkreteren Hinweisen zum Zustand einer sozialen Politik.

Ist christliche Sozialpolitik möglich?

Eine Streitschrift zur Kritik der mikroökonomischen Vernunft

Einleitung

Sozialpolitik braucht eine ethische Basis. Und Ethik hat eine metaphysische Grundlage. Metaphysik ist eine alte, ehrwürdige „Wissenschaft“, sie war *prima philosophia*, weil sie jene Fragen gestellt und vielleicht unvorsichtiger Weise auch beantwortet hat, die sich – etwa auch nach Kant – dem menschlichen Verstande unabweisbar stellen. Sie hat ihren Namen von Aristoteles her, der diese Fragen „nach der Physik“, also rein „drucktechnisch“ im zweiten Teil beantwortet hat – aber nicht nur „drucktechnisch“: es waren schon im 4. vorchristlichen Jahrhundert Fragen, die die Erfahrung, das Sehen, also das, was in der Wirklichkeit zu beobachten ist, überstiegen haben. Moderner ausgedrückt: Fragen nach Gott, der Seele, der Unsterblichkeit, nach dem „Über-Sinnlichen“.

Im Mittelalter, bei Thomas von Aquin z. B., war die Philosophie die Magd der Theologie. Ihre Aufgabe bestand darin, die geoffenbarte christliche Religion, die Wahrheiten des Christentums, mit der Ratio zu ergründen. Die Metaphysik ging genau so weit, wie es erforderlich war, zu begründen, warum der Glaube an christliche Lehren philosophisch richtig, also vernünftig ist. Dies ging dann soweit, dass – etwa bei Anselm von Canterbury – der Versuch in der Philosophie unternommen wurde, Gott rational, also aus Begriffen oder dem Nachdenken über die „metaphysischen“ Voraussetzungen von Naturerscheinungen, zu beweisen. Gegenstand der Metaphysik war immer auch schon so etwas wie Teleologie, also die Zweckmäßigkeit der Zurichtung der Natur, war die Seele des Menschen, also Psychologie.

Man wird eingestehen müssen, dass uns diese Fragen auch heute noch angehen bzw. existentiell interessieren. Die Fragen also auch nach dem, was dem menschlichen Leben einen Sinn gibt, die Frage danach, warum etwas ist und nicht vielmehr

nicht, die Frage nach dem Sinn von Werden und Vergehen, damit vielleicht auch von Geschichte. Mit Faust: die Frage danach, was die „Welt im Innersten zusammenhält“.

Immanuel Kant hat – wie ich meine (ich werde ein wenig ausführlicher darauf zurückkommen) – schlüssig mit den Vorstellungen aufgeräumt, dass Philosophie irgendeine wissenschaftlich gültige Antwort auf Fragen geben könne, die sich unserer Erfahrung entziehen. Wissenschaft ist nur da, wo nach den Grundsätzen der Verstandeskategorien und auf der Grundlage empirischer Beobachtungen (Erfahrungswissenschaft) Erkenntnisse, Aussagen möglich sind. Früher, vor Kant, ist Metaphysik auch in diesem Sinne als Wissenschaft betrieben worden, Kant hat uns darüber aufgeklärt, dass Aussagen über Gott, das Übersinnliche, über Unsterblichkeit und Freiheit des Menschen keine im strengen Sinne wissenschaftlichen Aussagen sind, sondern dass man, um ein halbwegs erträgliches Leben führen zu können, um das gesellschaftliche Miteinander zu ermöglichen, um Politik – ja auch das – betreiben zu können, um den Menschen als autonomes Wesen begreifen zu können, Annahmen treffen muss, die Kant zwar als unabweislich, als notwendig, aber eben nicht als wissenschaftlich nachweisbar bezeichnet hat. Kant nennt dies „regulative Ideen“ von Gott, Freiheit und Unsterblichkeit – und Kant hat gesagt, dass auch dieses – neben seiner Transzendentalphilosophie, der Erkenntnistheorie – die neue Metaphysik sei. Er hat deshalb die Möglichkeitsbedingungen des Wissens erarbeitet mit dem Ziel, die Metaphysik als andere Wissenschaft zu retten: nämlich als Wissenschaft von jenen Fragen, die er – und ich – für unabweisbar halten und deren Beantwortung für die menschliche Existenz in der Gesellschaft lebensnotwendig sind. Metaphysik ist nur noch als praktische Philosophie in dem Sinne möglich, dass sie uns Anleitungen für politisches Zusammenleben gibt, Hinweise auf den Status des Menschen als autonomen Gesetzgeber, als moralisches Wesen. Und Kant hat die Bedingungen der Möglichkeiten für Freiheit im persönlichen wie im politischen Sinne formuliert.

Dies alles ist ein Anhaltspunkt dafür, dass es nicht von vornherein mindestens philosophisch sinnlos ist, auch eine christlich orientierte Sozialpolitik mit Metaphysik in diesem Sinne in Zusammenhang zu bringen. „Metaphysik für unsere Zeit“ könnte diese kleine Broschüre auch überschrieben sein. Was Metaphysik sein kann – hier zunächst nur als einleitende Feststellungen – haben wir formuliert: eine Art Vernunft neben der wissenschaftlichen Kontrollvernunft (Odo Marquard) mit der Aufgabe, Wissenschaft so zu gestalten, dass alle Fragen, die hinter den Dingen liegen (Ding an sich nach Kant) nur in Hinblick auf ihre Relevanz für menschliche Glückseligkeit zu beantworten sind, nicht an sich, nicht wissenschaftlich – wir müssen sie „glauben“ – dies ist auch ein Begriff der Metaphysik Kants, wobei glauben bei Kant nicht „dafürhalten“ bedeutet, sondern eben notwendiges Annehmen der regulativen Ideen, die ich oben eingeführt habe. Wozu notwendig? Eben für bürgerliches (gesellschaftliches) friedliches Zusammenleben, für Politik, also auch für unsere Zeit.

In diesem Sinne ist diese kleine „Streitschrift“ der Versuch, genau das für das Zusammenleben der Menschen in der Gesellschaft, vielleicht in dieser Welt, im 21. Jahrhundert erforderliche „hinter die Dinge“ sehen zu leisten. Wir werden ausführen, wie sehr auch und gerade heute jene regulativen Ideen notwendig sind, um dem Menschen auf dieser Erde überhaupt noch eine Orientierung zu ermöglichen, ja, ihn vor den Zumutungen der unaufgeklärten Führungseliten in der westlichen Welt aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und – ja auch diese – Kirche zu schützen, mit einem Wort: dieses kleine Buch versucht, Orientierungswissen zu diskutieren und behauptet damit gleichzeitig, dass dieses Wissen nicht mehr vermittelt wird. Ich behaupte auch, dass wohl durchaus ein Bewusstsein der Notwendigkeit für diese Orientierung „hinter den Dingen“ vorhanden ist, ja als erforderlich anerkannt wird, dass aber jene Führungseliten gar kein Interesse daran haben, diese Orientierung herzustellen, weil der so aufgeklärte Mensch ihnen dann ihre Freiheit, die bei jenen nur eine egoistische Willkür darstellt (das heißt: Freiheit ohne Verantwortung, rein subjektiv), zum egoistischen Handeln nehmen würde. Ja, Freiheit ist auch etwas Objektives, natürlich nicht im naturwissenschaftlichen Sinne, sondern als regulative Idee.

Metaphysik für unsere Zeit: dies will auch eine bescheidene Grundlage für eine theoretische Diskussion über gesellschaftspolitische Zielsetzungen sein. Kurz: das Buch mit diesem Titel ist auch zu umschreiben mit der Formulierung „Metaphysik und Politik“. Diese neue Metaphysik will der Politik, damit der Gesellschaft und allen Menschen, den Primat öffentlichen Handelns und öffentlicher Verantwortung wieder geben, welche sie an jene Führungseliten, vor allem aus der Wirtschaft, abgegeben haben.

Dies bedeutet: das, was wir hier betreiben wollen, bezieht sich nicht nur auf das, was „hinter den Dingen“ steht, sondern beansprucht gleichzeitig, daraus eine Orientierung für das Menschenleben, für den Alltag zu bieten. Es will ein Kritik der instrumentellen Vernunft in dem Sinne sein, dass nicht nur das, was technisch geht, was beherrschbar bzw. zu handhaben ist, zählt, sondern eben auch das, was hinter diesen Instrumenten liegt und was der wissenschaftlichen, der ökonomischen und der technischen Verwertung und den entsprechenden Erkenntnissen einen über sie selbst hinausgehenden Sinn gibt.

Warum fragen wir nach dem Sinn? Zunächst, weil wir diese Frage für unabweisbar halten – Menschen haben ein Interesse daran zu sehen, warum etwas so ist und nicht anders, was mit ihnen geschieht, wenn nicht nur krasse Wirklichkeit herrscht, fragen noch immer: was nach dem Leben mit ihnen der Fall sein könnte. Dann aber auch, weil in unserem Leben, in der politischen Wirklichkeit vieles evidenter Weise nicht stimmt: Ungleichheit der Verteilung von Gütern und Chancen, kriminelle Mentalitäten auf allen gesellschaftlichen Ebenen, Bereicherungen, die ungerechtfertigt sind, ganz konkret auch: niedrige Rente, immer mehr Zuzahlungen, hohe Arbeitslo-

sigkeit, schlechtes öffentliches System bei Gesundheit, Verkehr, Kommunikation, einseitige Bevorzugung jener Eliten, weltweit: Klimaprobleme, Verteilungsschwierigkeiten, krasse Armut, Hunger, Kriege, Tod.

Dies war sicherlich schon immer so und hängt mit der Wolfsnatur des Menschen zusammen, siehe weiter unten. Dies ist aber keine Rechtfertigung dafür, dass es auch so sein soll (warum ist überhaupt etwas und warum ist es nicht anders, fragt die Metaphysik!), und dies bedeutet nicht, dass es keine Wege aus diesen Krisen gäbe, wenn man die richtige Orientierung hat. Dies alles soll auch nicht sagen, dass es keine Fortschritte gegeben hätte in den letzten hundert Jahren, dies zu behaupten wäre tief ungerecht. Jedoch: fragen wir nach der fernerer Entwicklung ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass es eine Rückentwicklung geben könnte. Dies betrifft zuerst die Folgen einer unkontrollierten Privatisierung – dazu unten ebenfalls mehr.

Unsere Metaphysik hat also diese beiden Stoßrichtungen: sie fragt danach, was als Sinn für das menschliche Leben hinter den Erscheinungsformen unserer konkreten politischen Wirklichkeit liegt (Ding an sich philosophisch formuliert) und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass diese Frage zwar wissenschaftlich, aber nicht naturwissenschaftlich, sondern von der metaphysischen Wissenschaft, die praktische Politik bedeutet, zu beantworten ist. Und sie fragt danach, woran sich der Mensch, die Gesellschaft, die Eliten, die Ökonomie, die Wissenschaft, die Politik orientieren sollen. Wir werden dies Sollensmetaphysik nennen und behaupten, dass die Kritik der instrumentellen Vernunft und die Sollensmetaphysik jene Normen hervorbringen können, die wir zu einem glückseligen Leben benötigen.

Nun aber fangen wir mit der Frage nach der Möglichkeit und Notwendigkeit einer christlich bestimmten Sozialpolitik endlich an.

Christliche Sozialpolitik

„Die christliche Soziallehre hat immer am Vorrang der Arbeit vor dem Kapital festgehalten. Das Kapital ist nur Instrument, die Arbeit aber Wirkungsursache des Produktionsprozesses. Die Bedeutung der Arbeit geht über das Wirtschaftliche hinaus. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung stelle – so Papst Johannes Paul II – diese Hierarchie auf den Kopf. Eine Wirtschaftsordnung, welche die Arbeit lediglich als Produktionsmittel behandelt, verletzt die Würde des Menschen. Das spekulative Finanzkapital umkreist den Erdball ohne Beziehung zu Wertschöpfung und realen Gütern, getrieben lediglich von spekulativem Gewinn. Die Gewinnchancen sind offenbar am größten, je mehr Arbeitnehmer entlassen werden. Eine Wirtschaftsordnung, die Entlassungen regelmäßig mit Gewinnsteigerungen prämiiert, ist ein Schlag in das Gesicht jeglicher Vernunft, die sich auf Humanität beruft. Sie wird keinen Bestand ha-

ben....Der Prototyp des flexiblen Arbeitnehmers ist der Tagelöhner, immer abrufbar, aber heimatlos und einsam. Tagelöhner (Bibel) sind schutzloser als Sklaven.“

Also: Neoliberalismus ist irrational, so wie Kapitalismus überhaupt. Und: wenn diese Ordnung keinen Bestand hat, machen wir dann eine Revolution? Letzterer Schluss stammt ebenso wenig von mir, wie das gesamte Zitat. Von wem aber? Nicht von der Linkspartei, im Kapital von Marx steht es auch nicht, eher schon beim Papst. Es ist ein CDU-Mitglied, das dies gesagt hat, ein Mitglied der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerbewegung. Blüm, der zwar keine Revolution ausgerufen hat, aber die verwendeten Vokabeln sind politisch in eine solche Richtung interpretierbar.

Arbeitslosigkeit reduziert sich derzeit in großem Tempo bei den besser Qualifizierten und Mobilen. Die Langzeitarbeitslosigkeit bleibt und steigt. Der Befund zur Umsetzung von Hartz IV lautet aber: die politische Umsetzung, also die Administration dieser guten Ansätze, übrigens die Mitarbeiter/innen der Arbeitsagenturen und der Arbeitsgemeinschaften sind nicht gemeint, kann nur mit der Formulierung überschrieben werden: An den Problemgruppen vorbei. Denn: Neben finanziellen Ressourcen setzt das auf vermehrte Eigenverantwortung abzielende Prinzip des Forderns und Förderns bei den Adressaten außerdem Marktkompetenz und die Fähigkeit zu autonomem Handeln voraus. [] Gemeint ist die Fähigkeit, Informationen zu beschaffen und zu bewerten sowie mit Anbietern (Weiterbildungsbereich) verhandeln zu können. Gerade diese Fähigkeiten dürften bei Adressatengruppen mit schwacher Marktposition, wie Langzeitarbeitslosen, gering Qualifizierten und in Teilbereichen auch bei Ausländern, allenfalls rudimentär vorhanden sein. Das auf Eigenverantwortung basierende Prinzip des Forderns und Förderns läuft damit auf eine Art Bestenauslese hinaus. Und damit sind gerade die überfordert, denen das Fördern zugute kommen sollte; Hartz IV scheitert am Kleinmut der Politik. Daran ändert auch die Feststellung nichts, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland sich 2007 vielleicht der Drei- Millionen-Grenze nähert: der hohe Anteil der strukturellen Arbeitslosigkeit bleibt und muss dringend bekämpft werden, ohne ihn zu individualisieren.

Leider haben wir es uns aber angewöhnt, das Problem der Arbeitslosigkeit zu individualisieren, also so zu tun, als seien die Menschen an diesem „Schicksal“ selbst schuld; die strukturellen und ökonomischen Hintergründe werden auch an den Gießerer Stammtischen nicht mitdiskutiert. Natürlich gibt es zum einen immer jemanden, der jemanden kennt, der Stellen nicht besetzen kann, weil es angeblich, oder auch wirklich, dann keine geeigneten oder, meist ist dies die Behauptung, willigen Arbeitslosen gibt.

Tatsächlich aber haben wir folgendes ökonomisches Problem, das dieser Arbeitslosigkeit zugrunde liegt: wir verzeichnen ein Arbeitsplatzdefizit von – in Deutschland insgesamt – ca. vier Mio. Wir haben also vier Millionen Arbeitsplätze zu wenig, wenn

wir davon ausgehen wollen, dass alle Menschen, die arbeiten wollen, auch arbeiten können. Arbeiten: das heißt nicht ehrenamtlich tätig werden, sondern erwerbsmäßig gegen Lohn. Selbst wenn ich davon ausgehe, dass es auch eine recht hohe und wachsende Zahl von unbesetzten Arbeitsplätzen gibt, sagen wir, wissenschaftlich fast korrekt, 1 Million, so bleibt das Defizit beängstigend hoch. Dies gilt auch dann, wenn man die Arbeitslosigkeit zunehmend als strukturell bewertet. Dies hieße ja, dass es hinreichend viele Arbeitsgelegenheiten gibt, jedoch der Arbeitsmarkt nicht flexibel ist: es fehlt an Mobilitätsbereitschaft, Qualifikation, Information der Akteure. Gerade dann aber ist Hartz IV von besonderer Bedeutung. Dennoch: es bleibt eine Lücke von 2,5 bis 3 Millionen Arbeitsplätzen, die nur durch Wirtschaftspolitik, eine wirkliche Politik der öffentlichen Hand, geschlossen werden kann. Die vorhandenen offenen Stellen kann man, teilweise, durch eine umsichtige Zuwendung zu den strukturell Arbeitslosen besetzen.

Es geht den Arbeitslosen im Vergleich zur Lage in der Weimarer Republik zwar materiell nicht ganz so schlecht, aber ich glaube: psychisch und moralisch. Es bleibt aber auch die Feststellung zu treffen: die Lage des Sozialstaates ist im Mai 2007 auch deshalb so verzweifelt, weil die Zahl seiner Verteidiger schrumpft, die Zahl derer, die ihn im Interesse der Kapitalmacht (neoliberal) abschaffen wollen, steigt. Wobei neuerdings gerade die CDU – im Kielwasser der neoliberalen FDP – gleich den Staat insgesamt deutlich „zurücknehmen“ will. Genau dies aber stimmt bedenklich und miss-träuisch. Arbeitslose galten damals und heute für die herrschenden Schichten einer Gesellschaft eher als Schmarotzer – ihr Schicksal wird individuell gesehen, nicht vor dem Hintergrund des vollständigen Versagens der Marktwirtschaft – die wir im übrigen, als soziale, auch nicht mehr haben.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wiederholt zuweilen im Kern einen Vorschlag aus dem Jahre 1996 (Halbierung der Arbeitslosigkeit war das Thema, und der damalige Kanzler Kohl hat diese Vorschläge zu Recht wenigstens verbalisiert), bei dem ein ganzes Strategiebündel zu einer deutlichen Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt führen sollte. Eine Maßnahme war die Verkürzung der Arbeitszeit. Diese Option ist ernsthaft nie in Angriff genommen worden, wohl weil auch andere, mehr auf die Angebotseite (Lohnerhöhung allenfalls im Rahmen der Steigerung Produktivität, arbeitsrechtliche Maßnahmen) gerichtete Maßnahmen, kaum konsensfähig waren. Dabei wäre eine deutliche Verkürzung der Arbeitszeit ökonomisch rational wenn man unterstellt, dass nur auf diese Weise das oben beschriebene Arbeitsplatzdefizit von 2,5 bis 3 Mio. beseitigt werden kann. Jedenfalls: eine verlängerte (Lebens-) Arbeitszeit ist kaum eine Antwort auf die Ausgangslage, selbst wenn man annimmt – was nicht verkehrt ist – dass strukturell viele Qualifikationen in Zukunft fehlen werden. Dann sollte man eine differenzierte Arbeitszeitpolitik anstreben.

So aber gibt es eine bedenkliche „Gerechtigkeitslücke“: die Lasten sind zu einseitig verteilt. Deshalb gibt es auch so wenig Akzeptanz bei den Betroffenen. Und zurück zur halben Reform: Hartz IV kann nur flankieren, dies ist sehr sinnvoll, aber die eigentlichen Reformen müssen die einer grundlegenden Verbesserung der in der Volkswirtschaft und durch Arbeitszeitpolitik sich entscheidenden Beschäftigungsmöglichkeiten sein. Dies ist weitgehend ausgeblieben. Wie man dies tut, zeigt das oben erwähnte Szenario des IAB.

Manche meinen, dass Reformen des Arbeitsmarktes (Hartz ist keine Arbeitsmarktreform) ausreichen: reformiert werden muss in einem Mix aus Angebot und Nachfrage, mit einer deutlich intelligenteren Arbeitszeitpolitik – dazu gehört auch Lebensarbeitszeit (aufhören mit dem Unsinn der Verlängerung der Lebensarbeitszeit) mit dem Ziel, 3 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen, für die dann allerdings die Erwerbslosen sowohl geeignet als auch bereit sind: deshalb ist es sinnvoll, in Zeiten der Unterbeschäftigung auch dann aktiv zu sein, wenn daraus, siehe oben, nichts folgt. Man nennt dies aktivierende Arbeitsmarktpolitik, die aber niemals den Neben- oder Hauptsinn haben darf, einseitig mit der falschen Ideologie zu agieren: immer nach dem Prinzip: die Arbeitslosen sind selbst schuld, es gibt genug Arbeit, dies ist offenbar nicht auszurotten.

Nun zur „christlichen Sozialpolitik“: Christliche Werte gelten offenkundig als besonders geeignet, Kriegen, Terror und Verfolgung vorzubeugen. Und vielleicht galten sie auch als geeignet, soziale Perspektiven zu verwirklichen.

Deshalb hat die frühe CDU auch eine scharfe soziale Programmatik aufgegriffen; der Kapitalismus war es nach 1945 nicht, was dieser CDU vorschwebte. Man hat wohl auch erkannt, dass einige Wurzeln des speziellen deutschen Faschismus in marktradikalen, also kapitalistischen Praktiken lagen: die Arbeitslosigkeit, die man in der Weimarer Republik nicht als Erklärungsgrund für den Erfolg Hitlers klein reden darf, ist wohl auch eine Folge – natürlich nicht nur – kapitalistischer Denkweise.

Man möchte annehmen, dass diese doppelte Begründung: letztlich Friedfertigkeit und – warum es nicht beim Wort nennen – Sozialismus die christlichen Fundamente waren, auf denen das Programm der frühen CDU beruhte. Und heute? Was meint es, wenn der Fraktionsvorsitzende der CDU im Hessischen Landtag eine stärkere Betonung des Christlichen in der Politik der CDU fordert? Ausweislich der gedruckten Nachrichten blieb diese Forderung ohne Begründung. Wenn man aber alles, was in den letzten Jahren dazu gesagt und gefordert worden ist, zusammenfasst, bedeutet dies letztlich etwas eher Unverbindliches. Gemeint ist, vielleicht schreibe ich ein wenig polemisch, wohl das, was man unter Anständigkeit im menschlichen Zusammenleben versteht. Freilich, dies geht ganz gut auch ohne christliche Werte. Ist es „Gott“ in der Verfassung? Wenn ja, was bedeutet das dann? Etwa dieses: Du kannst nicht zwei Herren dienen, Gott und dem Geld?

Was also ist Christentum? Kann man mit Jesus „Staat machen“? Was ist Politik? Und wie kommt sie zusammen?

War Jesus ein Revolutionär? Hatte er ein politisches Programm? Wie ist seine Lehre, die vielfältig in Gleichnissen zum Ausdruck kommt, in Politik umzusetzen oder auch nur in ihr „verwertbar“? Viele Fragen, die durch diese Bemerkungen beantwortet werden sollen – wenigstens will ich es versuchen.

Ich persönlich – auch dies muss möglich sein zu sagen – halte gegen viele andere die christliche Religion auch für eine ethische Grundlage unseres Lebens. Was aber ist nun wieder Ethik? Hinter Kant kommen wir nicht mehr zurück und danach – in seiner Moralphilosophie bindend und endgültig ausgedrückt – hat Ethik im Grund mit der Verantwortung des Menschen für seine Handlungen zu tun, übrigens wäre der Mensch sonst auch nicht Mensch, wenn er diese Verantwortung nicht zu tragen wüsste: seine Taten müssen ihm zurechenbar sein. Dies heißt Freiheit: die Verantwortung für eine Handlung übernehmen, die auch eine Alternative gehabt hätte: gut oder böse. Und, dies werden wir dann gleichsam zusammenrechnen, eine Handlung ist nicht nach ihrem Ergebnis für den Täter selber oder seinen Adressaten moralisch wertvoll oder nicht – dies wäre bloßer Utilitarismus, sondern eine Handlung ist von ihrer Motivation als gut oder böse, richtig oder falsch einzuschätzen: die Gesinnung, das Motiv, basierend im Sittengesetz (nicht hinterfragbar) entscheiden über den Grad der Moralität, nicht die Ergebnisse. Beides zusammen, das ist es: die Gesinnung und die Verantwortung für die Taten, die man aus dieser Gesinnung heraus „geleistet“ hat. Ethik ist also immer sogleich Gesinnungs- und Verantwortungsethik.

Wie komme ich dieser philosophischen Definition der christlichen Ethik nahe? Setzen wir an die Stelle des nicht hinterfragbaren Sittengesetzes christliche „Lehrsätze“, oder eine Abstraktion davon, und nehmen dies als Motiv, als Gesinnung. Wenn wir dann noch die Verantwortung übernehmen, dann haben wir auch das christliche Menschenbild und gewinnen daraus sicherlich Ansätze für ein christliches Weltbild in der Politik.

Zunächst also: was heißt Christ sein, was ist das (ethische) Wesen des Christentums?

Eindeutig scheint zu sein, dass Jesus ein radikaler Mensch war, nicht in unserem politischen Verstande, sondern bei seinen Forderungen an seine Nachfolge. Richtig ist sicherlich weiter, dass das Neue Testament voller „minderwertiger“, Randfiguren abgebende, Menschen ist: Huren, Zöllner, Fremde (Samariter), Faule, Kranke, Arme. Arme im Geiste wie im Portemonnaie. Machthaber, Reiche kommen auch vor, Gesunde, Starke: aber die haben es bei Jesus schwer. Die entscheidende Forderung Jesu war: dienen, sich damit das Reich Gottes verdienen, sich ihm wenigstens annähern: nicht herrschen, nicht das Geld zusammen sammeln, sich seiner Pflichten bewusst sein: das Gleichnis vom Knecht, der mit seinen Talenten genau nicht zinsbringend umgeht, sagt es deutlich: schwer hat es jemand, der nicht seinen Fähigkeiten

und Möglichkeiten gemäß dient. Und immer wieder: ganz unten sein, den Menschen dienen und wohl damit Gott und ihm. Friedfertigkeit, Selbstlosigkeit stehen im Mittelpunkt und natürlich Gott, sein Vater. Denn: was man all diesen Randfiguren tut, das hat man ihm, Jesus und damit Gott, getan. Nicht (allein) als Altruismus, sondern um des Himmelreiches, des ewigen Lebens wegen.

Wir haben die CDU hier in den Vordergrund gerückt, weil sie nicht nur das „C“ im Namen trägt, sondern hin und wieder programmatisch eine Umsetzung anmahnt. Ist das, was wir oben geschrieben haben dieser Programmatik nahe? Zunächst kann gesagt werden, dass diese Ethik näher an Rüttgers (Ministerpräsident von NRW) mit seiner Aussage zur „Lebenslüge“ der Steuererhöhungen und seiner Mahnung, das soziale Profil der CDU in den Vordergrund zu rücken, steht als an einer unverbindlichen Plauderei von der Orientierung an christlichen Werten, von denen man immer noch sehr gerne wüsste, was darunter zu verstehen ist.

Es muss jetzt darum gehen, die aufgezählten Jesus-Worte und -Gleichnisse in eine möglichst systematische Ethik zu bringen, um dann den Transfer in die Politik zu leisten. Die Grundlage christlicher Werte ist – darüber besteht wohl kein Dissens – die Botschaft vom Tod Jesu am Kreuz. Dieses ist jedoch kein isoliertes Ereignis, sondern Jesu Leben führt konsequent an diesen Punkt, von dem wir glauben, dass es kein Endpunkt ist. Es ist dies seine Rolle als „Diener“, als Sklave menschlicher Not, welche er auf beeindruckende Weise bis hin zum Opfer für uns alle durch seinen Tod hat. Jesu sagt aber auch: Menschen, folgt meinem Beispiel des Dienens bis zur letzten Konsequenz. Der Glaube an diesen Gott kann also nur ein Ergebnis haben in ethischer Hinsicht: im übertragenen Sinne müssen wir unablässig den Ärmsten die Füße waschen. Wer kann das schon? Und wir müssen uns in allem, was wir haben, an diesem Gott ausrichten: einem weiteren Herren kann man nicht dienen.

Heißt das nun, dass alle reichen Menschen, alle, die auf der glücklichen Seite stehen und leben, von diesem Gott fern sind, von den Belohnungen für eine solche Haltung ausgeschlossen sind? Nein, aber sie haben es schwerer. Außerdem können wir anderen es nicht entscheiden: richte nicht, damit Du nicht gerichtet wirst. Aber eines muss klar sein: christliche Ethik ist radikal verbindlich, man kann es sich nicht aussuchen, was man wann und für wen tut: „was Du einem meiner geringsten Brüder getan hast, das hast Du mir getan.“ Ganz entscheidend für diese Grundeinstellung ist aber auch, dass der Christenmensch handeln soll gemäß den Fähigkeiten, die man ihm mitgegeben hat, Glaube, Kirchgang allein tun es nicht. Was ist das auch für ein Glaube, der nicht tätig wird? Rechtfertigung allein durch Glaube – niemals. Der Mensch ist gerecht, wenn er gemäß seinem Glauben die ethischen Grundbedingungen des Christentums annimmt und danach verantwortlich und in voller Freiheit der Entscheidung handelt. Dies ist es, was uns allen, auch den Christen, so schwer fällt – und wenn wir es nicht vermögen, sind wir alle der Gnade bedürftig.

Wenn wir unsere christliche Ethik auch an Kant ausrichten, so bedeutet dies zu fragen, ob jemand, der ohne jeden Glauben sozusagen das Richtige tut – also ähnliche Grundannahmen setzt – nur weil er nicht glaubt, von den Belohnungen, die einem ordentlichen Leben folgen sollen, ausgeschlossen sein soll. Dies ist bei unserem christlichen Glauben sicherlich nicht der Fall. Ich kann mir einen solchen Gott nicht gut vorstellen: der jemanden ungerecht behandelt, weil er nicht das Richtige glaubt. Wir Christen haben es nur besser: wir wissen genau, was zu tun ist und kennen die Folgen unseres Handelns bzw. Nichthandelns. Deshalb – und nur deshalb – ist es richtig, immer wieder für diesen Glauben der Armut, der Außenseiter, der einfachen Menschen zu werben – ein unschönes Wort für Mission.

Jesus hatte sicherlich kein politisches Programm, sein Bemühen konzentriert sich auf den einzelnen Menschen, nicht auf eine Gesellschaft oder gar auf deren revolutionäre Veränderung, und die Bergpredigt ist wohl auch kein sozialistisches Manifest. Und dennoch: alles zusammen gesehen ergibt sich dann doch eine klare Option für das Eintreten für die Randfiguren unserer Gesellschaften als verbindliche Forderung an die Starken aus deren Glauben heraus. Und in diesem Sinne ist eine Kirche, die all das ernst nimmt, nicht das Komplementär zur Gesellschaft, sondern letztlich ihre Alternative. Und deshalb verbietet sich ihr auch das neoliberale Gerede, mit welchem sie ihrerseits Reformen einzuleiten gedenkt. Eine solche christliche Gemeinde ist, nur weil sie sich nach dem Vorbild des Lebens Jesu für eine in seinem Sinne gerechte Gesellschaft einsetzt, keineswegs schwach, sondern – gerade in ihrer Rolle als Alternative – stark. Wer sich für Gerechtigkeit einsetzt, muss stark und selbstbewusst sein.

Und die Politik daraus? Was folgt denn nun für CDU, Europäische Verfassung, praktisch- bürgerliche Politik? Denn ein gesellschaftliches Zusammenleben ohne ordnende (Sozial-) Politik sollte es auch für einen Christenmenschen nicht geben. Wenn Jesus den Einzelnen ernst genommen hat, es ihm auf diesen ankam, so soll es auch in der Gesellschaftspolitik so sein. Übrigens: jede Wirtschaftspolitik muss danach auch Gesellschaftspolitik sein und die christliche Ethik gibt uns zuerst Anlass, den Primat der Politik vor jeder ökonomischen Betätigung wieder neu zu sehen. Ist das gemeint beim CDU-Politiker? Bei Rüttgers ganz sicher. So lasst uns also „Staat mit Jesus machen“: Allerdings fern ab von jeden theokratischen Vorstellungen ganz aus der Rolle des Dieners heraus, von welcher Rolle Nietzsche gesagt hat, dies sei Sklavenmoral: ganz richtig, aber nicht die Moral des Sklaven, sondern eine Ethik, die für diesen eintritt – ein großer Unterschied.

Abschließend also die Frage: kann sich diese Gesellschaft, hier einmal vertreten durch die CDU, die ja die Frage nach christlichen Werten aufgeworfen hat, mit folgender Überlegung anfreunden – eine Überlegung übrigens, von der ich meine, dass sie den Grundlagen der CDA, der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft, sehr nahe kommt, meint die CDU genau das?

Diese Grundpositionen einer alltagstauglichen Metaphysik sind hier stark an eine christliche Ethik angelehnt worden, was nur so viel heißt, dass das Christentum hinreichend viele Maßstäbe zur Verfügung stellt, um hinter den Alltag zu schauen, ihn aber auch gestalten hilft, indem es hinterfragt und vorschlägt, was zu tun ist. Diese Metaphysik stellt aber auch Normen zur Verfügung, die Wissenschaft, Ökonomie, menschliches Verhalten bewerten hilft.

Was ist nun mit dem modernen Neoliberalismus? Wodurch ist er das Böse? Eben dadurch, dass er nur funktionieren kann über Egoismus, Gleichgültigkeit gegen menschliche Katastrophen, Orientierung am ökonomischen Prinzip – all das ist böse, weil es nur vordergründig positiv wirkt und dies auch nur für eine Minderheit des Menschen. Jede Metaphysik für moderne Zeit muss sich dieser Grundeigenschaft des Menschen versichern: er ist böse, weil er böse sein will und er will böse sein, weil es ihm Vorteile bringt. Unter dieser Betrachtung sind selbst Handlungen, die für andere zunächst Hilfe bringen, also positiv erscheinen, mindestens nicht gut, sondern nur zufällig gut, und damit moralisch minderwertig.

Zu derartigen Taten gehören z. B. Spenden reicher Menschen. Zunächst ist zu fragen, wieso Reichtum überhaupt ist – diese Frage ist nur dann nicht zu stellen, wenn alle Menschen gemäß ihren Möglichkeiten, die darüber hinaus noch staatlich zu fördern sind, am Reichtum partizipieren und dies ist – ebenfalls evidenterweise – nicht der Fall. Dann aber sind Spenden Almosen, die anzunehmen sich verbieten sollte, weil der Stolz eines autonomen, weil freien Menschen es unwürdig finden sollte, etwas gnadenhalber zu nehmen, was ihm metaphysisch, z. B. durch Naturrecht und christliche Ethik begründet, zusteht. Beiläufig: damit wäre auch das hektische Spendeneinsammeln der Kirche obsolet, wenn sie die Position hätte, jenes Menschen- und Naturrecht aus christlicher Perspektive einzufordern.

Für derartige Positionen benötigt man eine „regulative“ Idee – oder mehrere, um das, was sein soll zu begründen und gegen das zu setzen, was ist und letztlich nicht sein soll. Denn, so kann man fragen: woher wissen Blüm, Rüttgers, die CDA und der Autor eigentlich, was sein soll? Um dies zu wissen und den Mut zu haben, es auch noch zu sagen, z. B. zu sagen, dass Kapitalismus und Neoliberalismus inhuman und sogar irrational sind, braucht man einen Blick hinter die Alltagswelt und eine Hypothese darüber, was letztlich der Sinn des Daseins jedes Einzelnen und einer ganzen Gesellschaft ist. Nur wenn man dies weiß – Wissen ist hier eben gerade nicht im naturwissenschaftlichen Verständnis gemeint, wo es um das Messen, also um Empirie geht – kann man eine Weltordnung einfordern, die für alle Menschen Erträgliches ermöglicht. Für die meisten Menschen jedoch erscheint die Weltordnung unerträglich, sogar denke ich für die Mehrheit der Menschen in den Industrienationen. Ist dies evident? Metaphysik des Alltags – etwas also, was zum einen hinter die Wirklichkeit schaut, oder gar über sie hinaus, und zum anderen weiß, was anstatt dessen

sein soll (warum ist es so und nicht anders fragt die Metaphysik) – ist wie alle Metaphysik darauf angewiesen, dass das, was sie sagt als evident erscheint – damit ist sie dem Wissenschaftsbegriff der Naturwissenschaften entrückt.

Aber diese Evidenz allein reicht natürlich nicht aus. Es geht ja darum, eine systematische Grundlegung der Metaphysik dessen, was sein soll, zu schaffen. Diese wird auch den Widerspruch auflösen, der jetzt noch besteht zwischen der Auffassung, der Mensch sei böse, eben weil er ein homo oeconomicus ist und es lohne sich, eines Menschenbildes wegen dies notfalls revolutionär zu ändern.

„Was ihr einem meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan“. Wir argumentieren hier also auf dem Boden der christlichen Sozialethik. Verträgt sich eine solche Ethik mit der sog. Wirtschaftsethik, die bestenfalls das Nützliche im Vordergrund sieht, meistens aber nicht das, was geboten ist?

Einige meinen, man könne ein Gemeinwesen intellektuell ausschließlich mit ökonomischem Sachverstand führen. Wirtschaft ist niemals Selbstzweck, sondern immer Mittel, der Mensch ist niemals Mittel, sondern immer Zweck, so will es die christliche Ethik, wie ich sie oben kurz und vielleicht nicht ganz vollständig dargestellt habe. Sollte es sich anders entwickelt haben, haben unser Gesellschafts- und Wirtschaftssystem mindestens im Sinne christlicher Überzeugungen nicht immer das Richtige getan. Dafür gibt es viele Anzeichen. Aus meiner Sicht etwa will es nicht gelingen, die angestrebten und viel diskutierten Forderungen nach Arbeitszeitverlängerungen plausibel anders zu begründen als damit, die Rationalität des Wirtschaftens erzwingen eine solche Maßnahme. Rational für Betriebe wäre es sicherlich, die Arbeitszeit pro Arbeitnehmer bei gleichen oder gar gesunkenen Löhnen zu erhöhen, also an dem Faktor Arbeit radikal zu sparen. Wo ist hier die Grenze?

Zu beantworten ist hier also die Frage nach dem Mittelpunkt der Wirtschaft. Es ist ersichtlich der einzelne Mensch und sonst gar nichts.

Natürlich auch die Wirtschaft selbst nicht; also auch diese kann nicht ihr eigener Mittelpunkt, also Selbstzweck, sein. Die notwendige tägliche Lebensbewältigung des Menschen weist allerdings auch dem Wirtschaften unwiderleglich den dringenden Rang zu. Somit ist eindeutig herausgearbeitet, dass die Wirtschaft eine Funktion – sicherlich eine lebens- und überlebensnotwendige Funktion – der menschlichen Bedürfnisse ist – nicht aber sind die menschlichen Bedürfnisse, Interessen, Ziele, Sehnsüchtige, Wünsche eine Funktion der Wirtschaft. Der Vorrang von Politik und Gesellschaft also, die Zielsetzung, die die Mehrheit verabredet hat, ist es, was dem Handeln der Akteure in der Wirtschaft die Sinnbestimmung von außen gibt. Und es ist vollständig undenkbar, dass es der allgemeine Wille sein kann, von der Wirtschaft zu einer Funktion eben des Wirtschaftens herabgestuft zu werden. Wie ich meine, können wir allerdings diese Sinnbestimmung eben mit christlicher Ethik fundieren, wir

können es wenigstens versuchen. Wenn das gemeint ist, wenn an das „C“ wieder erinnert werden soll bei der CDU – dann allerdings kann man dieser CDU nur Erfolg bei ihren Bemühungen wünschen.

Das hier nur angedeutete Menschenbild der christlichen Soziallehre ist aber natürlich auch aus der anderen Perspektive wirksam. Wesentliches Zeichen von Individualität ist die Verantwortung des Einzelnen für seine Taten und Handlungen. Nur wenn man annimmt, dass diese Handlungen dem Einzelnen zuzuordnen sind, ist die Definition der Gottähnlichkeit in sich konsequent. Dies hat mit der von Gott mitgeschöpften Freiheit menschlicher Entscheidungen zu tun. Sozialstaatlichkeit kann dann auch das Fordern postulieren und normieren. Und deshalb sind z. B. die Hartz-Gesetze auch aus dieser Optik durchaus richtig – sie sind aber eben nur zur Hälfte richtig, weil ihnen die Perspektive der Schaffung einer würdigen, dauerhaften und haltbaren Beschäftigungsperspektive für viele fehlt. Utopisch zum Schluss: eine solche Beschäftigungsperspektive für viele Millionen Menschen würde es wieder geben, wenn eine Arbeitszeitpolitik betrieben würde, die den hier aufgestellten ethischen Leitlinien folgen würde und wenn Gewinne im Sinne des Satzes vom Dienen, nicht Verdienen, verwendet würden. Diese Gesellschaft würde daran auch im Zeitalter der Globalisierung nicht zu Grunde gehen, sondern eher an menschlichem und auch – wie ich meine – ökonomischem Niveau gewinnen.

Wie wollen wir nun auf dieser Basis systematisch „Metaphysik für unsere Zeit“ begründen? Wir tun dies zunächst induktiv, indem wir uns in der Wirklichkeit umsehen und mögliche aktuelle Positionen beschreiben:

Also – um die Einfangfeststellung zu wiederholen: Neoliberalismus ist irrational, so wie Kapitalismus überhaupt. Und: wenn diese Ordnung keinen Bestand hat, machen wir dann eine Revolution? Was setzen wir an die Stelle des Neoliberalismus?

Wir können also eine Dominanz des Kapitals über den Faktor Arbeit, neuer: Neoliberalismus, feststellen. Natürlich geht es den arbeitslosen Menschen nicht so schlecht, dass sie, wie in den Jahren der Endphase der Weimarer Republik, hungern müssen, manchmal fühlten sie sich sogar so unter Druck, dass die Selbstmordrate davon deutlich beeinflusst war. Aber auch wir sehen uns, auch noch unter dem Dach einer evangelischen Einrichtung, genötigt, „Tafeln“ zu erfinden, die im wesentlichen von jenen unterstützt werden, die zuvor Tausende von Arbeitsplätzen der Globalisierung geopfert haben. Pervers!

Metaphysik und Ökonomie

Wie wir gesehen haben, muss die Frage nach der Notwendigkeit der christlichen Sozialpolitik eng verbunden werden mit der Frage nach der Rolle der organisierten Ökonomie. Was hat Ökonomie mit Metaphysik zu tun? Die Einzelwissenschaft Öko-

nomie, die für die Erklärung der modernen Welt – wenigstens aus ihrer Sicht – maßgeblich zuständig und einschlägig ist, hat sich selbst nicht befragt, ob der Zustand dieser Moderne sein soll, sie hat sich nicht über sich selber aufgeklärt, sondern nur Ergebnisse zur Verfügung gestellt: den Sinn von Wirtschaften – über das Unmittelbare, das freilich wichtig ist, hinaus diskutiert sie – so weit ich sehe – nicht mehr. Hätte sie dies getan, wäre die Politik vielleicht doch besser beraten gewesen, denn diese hat es auch nicht getan. Wenn man sagt, was möglich und redlich ist, man sei für Sinnfragen, zumal solcher moralischer Herkunft, nicht zuständig, dann eben muss es eine Instanz geben, die diese Sinnfrage stellt. Wenn diese Frage außerhalb dieser Einzelwissenschaft liegt, dann kann man sie nur beantworten, wenn in der Wissenschaft ein Stück Metaphysik liegt – oder man delegiert die Aufklärung über den Sinn von Arbeit und Wirtschaft an die Metaphysik – aber auch das geschieht nicht, weil diese Gesellschaft und gerade diese Wissenschaft so theoriefern wie möglich ist – sie hat ihre Wirtschafts- und Wissenschaftstheorie, aber sie hat keine Theorie zu menschlichen Zielen, Aufgaben, und gesamtgesellschaftlichen Normen. All dies jedoch müsste – ich nenne dies Selbstaufklärung – jeder wissenschaftlichen Tätigkeit als Rechtfertigung voraus gehen. Metaphysik und Ökonomie werden ja schließlich als Gesamtthema in dieser Darstellung am Beispiel der Arbeitslosigkeit diskutiert. Die Lösung dieser Fragen ist der Primat der Sozialpolitik über eine nur mikroökonomisch agierende Wirtschaftspolitik.

Behauptung: wenn der Mensch ein homo oeconomicus ist, dann – dies wird ja genau dadurch ausgedrückt – ist er egoistisch, immer privat und hat bestenfalls akzidentiell den Anderen im Blick, es kommt aber darauf an, den Anderen prinzipiell im Blick zu haben.

Behauptung: das Glück des Menschen, ein gelingendes Leben, ist öffentliche Angelegenheit, niemals Privatsache. Damit ist der Neoliberalismus der natürliche Gegner eines gelingenden Lebens der Menschen, die nicht damit auskommen, ihre Angelegenheiten privat zu regeln.

Zusammenfassende Behauptung: im Zeitalter des Ökonomismus also ist es undenkbar, dass Leben für alle gelingt, selbst wenn man annimmt, dass die Privatwirtschaft, heute also der Kapitalismus, genügend Ressourcen zur Verfügung stellt. Es bleibt Aufgabe öffentlicher Debatten und staatlichen, also gesamtgesellschaftlichen Handelns, unter der Maxime des Glücks für alle Menschen – ein Naturrecht oder mindestens ein Recht aus Schöpfung des Menschen als Ebenbild Gottes – dieses Glück zu befördern. Der homo oeconomicus vermag dies nicht – eben weil er ein solcher ist oder doch höchstens zufällig.

Damit haben wir die Hypothese zu entwickeln, die diese kleine Schrift auch leiten soll: es bedarf einer modernen Metaphysik, also einer *prima philosophia*, die sich dem Zeitgeist entgegenstellt. Was aber ist Metaphysik in diesem Zusammenhang?

Metaphysik, nach meiner Definition, besonders die kritische Metaphysik, die zeitkritische, ist hypothetische Erörterung menschlicher Vorstellungen über Wesen, Grund und Zusammenhang der Dinge. Warum hier und jetzt dies oder das „der Fall ist“ – dies hat die Physik aus allgemeinen Naturgesetzen zu deduzieren. Warum aber dies und das überhaupt irgendwo und irgendwann der Fall sein soll oder eben nicht – dies ist Sache der Metaphysik.

Hauptaufgabe muss also sein zu begründen, ob das, was ökonomisch derzeit Trend ist – und die Folgen daraus – sein muss, warum es sein muss und – wenn es einer kritischen Prüfung nicht standhält – was denn dazu die Alternativen sind. Metaphysik in moderner Zeit muss den Grund und Zusammenhang der Dinge prüfen und erörtern – dazu sind die Einzelwissenschaften, vor allem die Ökonomie, kaum in der Lage. Hypothetisch ist oben gesagt worden, welche Leitthese diese Metaphysik aufstellt. Darf sie das? Gibt es andere denkbare? Warum soll überhaupt Glück sein? Wir stellen diese Metaphysik also dem Denken und der Leitfigur des homo oeconomicus entgegen.

Natürlich kann man diese Hypothesen, Erwägungen und Definitionen in Zweifel ziehen, etwa indem man fragt, wo denn normiert sei, dass Menschen glücklich sein sollen. Was ist Glück? Oder: wenn sie glücklich sein sollen, warum dann auf Kosten des kapitalistischen homo oeconomicus, übrigens sind ja bei dieser Behauptung einer Kosten-Nutzen-Denkweise keineswegs nur die Reichen gemeint: auch der durchschnittliche Bürger in unserer Welt ist ein solcher Mensch, wie sich auch deutlich zeigt. Durchgehend also Egoismus, Willkür, Subjektivismus – nach unserer Verfassung soll aber – schon also nach dieser – etwas anderes sein. Zwar ist – mit Recht – das Eigentum geschützt, aber mit demselben – oder mehr? – Recht findet die Freiheit des Grundgesetzes auch Grenzen, nämlich in den beiden ersten Artikeln und im Sozialstaatsgebot. Schon nach bürgerlichen Verabredungen unseres Staatswesens, die bisher meines Wissens nicht abgelöst sind, ist der ökonomische Mensch keineswegs die einzige Option und dessen Ichbezogenheit findet deutlich Grenzen mindestens in den Zielen, Bestrebungen, Wünschen, Vorstellungen der Anderen.

Ist Verfassung schon Metaphysik? Ja, sagt der Autor, denn die Grundvorstellungen unserer Verfassung sind geleitet genau von den Prinzipien, die meiner Definition der Metaphysik zugrunde liegen: Untersuchungen und Überzeugungen über Grund und Wesen der Dinge, also auch der sozialen Dinge und über die Zusammenhänge des Funktionierens der Welt, vor allem haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes eine klare Vorstellung davon gehabt, was sein soll. In diesem Sollenscharakter liegt Metaphysik – auch und gerade heute für moderne Zeit.

Also: das Prinzip des ökonomisch denkenden und handelnden Menschen allein ist es nicht, was die Läufe und Normen unserer Zeit bestimmen sollte, nicht zuletzt, weil der dem, was auch in der Verfassung ausgedrückt ist und dem, was Metaphysik, Sol-

lensmetaphysik, also Moralphilosophie, zugrunde liegt, entgegensteht, geradezu also das Dementi eines vernünftigen weiterführenden Menschenbildes darstellt. Der moderne Mensch ist das Dementi der Metaphysik, und da die moderne Zeit – wie evident wird – nicht in dem Zustand ist, der für alle oder auch nur für eine Mehrheit Glückseligkeit ermöglicht, ist der moderne Mensch als Dementi dessen, was sein soll, zu ändern. Zu ändern durch Aufklärung, Erziehung, staatliches Handeln im Namen eben der Sollensmetaphysik – der moderne Mensch soll nicht sein, wenn er so ist, wie er ist, die moderne Ökonomie soll nicht sein, wie sie ist – beide sind Schwundstufen einer an sich positiven Aufklärung und Befreiung des Menschen und schlagen derzeit in Mythos und Zwang, also in ihr Gegenteil um. Aber auch der moderne, nicht freie, sondern nur willkürliche Mensch, ist einmal aus einer Aufklärung gekommen, der Metaphysik zugrunde lag. Was ist geschehen? Was muss geschehen?

Bevor wir diese beiden Fragen behandeln, sollten wir uns jetzt natürlich mit der Kapitelüberschrift historisch und aktuell näher befassen: Metaphysik und Ökonomie in ein Verhältnis zueinander zu bringen, bedeutet zu fragen, welches letztlich die Grundlagen einer Ökonomie sind, die zwar materiell für viele, keineswegs aber auch nur für die Mehrheit, ein Erfolg ist, jedoch nicht nur bei Menschen, sondern eben auch in der Natur erhebliche Opfer hinterlässt und vor allem die klare Erkenntnis vermittelt, dass sie ein System zur gegenseitigen Bereicherung ihrer eigenen leitenden Akteure ist. War das immer so?

Wollen wir eine Wirtschaftsgeschichte schreiben? Nein, aber einige Hinweise zu den Ursachen einer Misere sind erforderlich. Die Grundidee einer Wirtschaftsverfassung in Deutschland, nur darüber ist zu reden, ist die „soziale Marktwirtschaft“ gewesen. Diese Idee geht davon aus, dass der Markt – nicht öffentliches Handeln – die ökonomischen Prozesse optimal, rational und gerecht steuere. Auch diese Idee geht vom homo oeconomicus aus, wobei dessen Domestizierung mit dem Bestandteil „sozial“ gemeint war. Dieser Mensch, der in einem an sich freien Markt (Art. 3 GG) agieren kann, ist dem Bild des Wolfes, des Tieres also ähnlich. Man traut und traue ihm nicht – er folgt seinen Instinkten, die lediglich auf sich selbst und seine eigene Wohlfahrt orientiert sind. Im Übrigen: schon die Einschränkung der Freiheit, hier Willkür, denn Tiere kennen keine Freiheit, sondern eben nur instinktive Willkür, durch gesellschaftliche, öffentliche Korrektur und Kontrolle ist der Metaphysik verdankt. Was also soll uns heute daran hindern, diesem Gedanken erneut Raum zu geben: stellen wir also, wir merken dies für spätere Seiten vor, diesem Wolf, der Willkür, die metaphysische Freiheit, die Sollensmetaphysik entgegen. Aber zurück zur Karriere der sozialen Marktwirtschaft.

Häufig wird jenen, die an den Formen des Wirtschaftens, an Kapital, Gewinn, überhaupt an unserem System Kritik üben, entgegengehalten, sie verstünden nichts

davon, schließlich habe dieses System zu größtmöglicher Freiheit und zu Wohlstand für viele geführt – dies ist nicht von der Hand zu weisen, als Argument erst einmal völlig richtig. Auch ich übe ja, wie man gesehen hat, zunächst noch ohne nähere Begründung Kritik an der westlichen Lebensform eben, weil sie sich im Ökonomischen erschöpft. Ist das alles, was man dagegen einwenden kann? Die Marktwirtschaft überlässt jede Regelung in unseren ökonomischen Zusammenhängen: also vom Alltagsbedarf über Luxuswünsche bis hin neuerdings zu ehemals öffentlichen Aufgaben (Privatisierung von Bahn, Post, Arbeitsagentur in der Tendenz, Energieversorgung, Krankenhäuser, Sozialwohnungen um nur die wichtigsten zu nennen) dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage (dies ist der Markt). Dies geschieht in der Hoffnung – oder besser: mit scheinwissenschaftlicher Begründung und Überzeugung – dass dieser Markt die Versorgung der Menschen besser bewerkstelligen könne als staatlich-öffentliches Handeln, weil – und nun kommt eben das Wichtige – die daran beteiligten Menschen ihre Vorteile gut zu nutzen wissen und sich für die Vorteilsgewährung mehr anstrengen, als wenn die Bonifikation ausbleibt oder nur abstrakt in der Zuwendung zum Nächsten liegt oder sich – das Schlimmste für den modernen Menschen – an einem Prinzip orientiert. Nutzen ist also reiner Geldnutzen und ausschließlich materiell definiert. Wir halten fest: der Markt ist ein System, das das Streben nach ökonomischem Erfolg, heute sagt man: Gewinnmaximierung ausnutzt, und damit die Wolfsnatur des Menschen viel besser berücksichtigt als jeder Sozialismus oder jede christliche Wirtschaftstheorie, die sich etwa mit derartigen Dingen beschäftigt.

Marktwirtschaft muss ihren Ausgangspunkt also von einem hässlichen Menschenbild nehmen und hat damit Recht: der Mensch ist offenbar zu wenig mehr fähig als zu Egoismus und damit zu Handlungen, die nur dann nicht unterbleiben, wenn sie unmittelbar einen Vorteil bringen. Die Marktwirtschaft, damit der Kapitalismus, setzt das Böse voraus, nutzt es und bringt dabei zuweilen zufällig Richtiges oder Nützliches mit sich. Der Markt ist das Böse in Gestalt zeitweise gelingender Handlungen. Dieses Positive, also Wohlstand für viele, ist aber kaum beabsichtigt, sondern ergibt sich, weil alle Menschen an diesem System genau so mitwirken. Und davon geht ein ganzes Gesellschaftssystem aus? Ja, so ist es. Und weil man in den 50er Jahren noch ein wenig Metaphysik im Leib hatte, also hinter die Dinge schauen wollte, sich nicht von der Wirklichkeit allein seine Ziele und sein Menschenbild diktieren lassen wollte, hat man, einige waren dabei christlich – davon weiter unten noch mehr – orientiert, aufgrund auch der Verfassungsgebote den Markt mit sozialer Bremsen versehen.

Dies war sehr lange sehr erfolgreich und man ist geneigt zu sagen: das grundlegend Böse, nämlich die menschliche Wolfsnatur – ob man den Wölfen wohl Unrecht tut? – wurde ein wenig domestiziert. Aber letztlich immer schon dominierte das Kapital,

war Erfolg nichts anderes als Machterwerb durch Gewinne. Da das ganze System bis 1990 recht ordentlich funktionierte, kann man sagen: der Aufbau der Bundesrepublik war auch wirtschaftlich erfolgreich, weil die große Mehrheit genug abbekommen hat, weil also die Verteilung des Sozialproduktes halbwegs gerecht vonstatten ging. Und da, wo Menschen davon nicht profitieren konnten, ist eben der Sozialstaat eingesprungen: die großen Reformen, die gegen alle sozialen Einschränkungen eine Antwort gebracht haben, Kranken- Renten- Arbeitslosenversicherung, Mitbestimmung, Tarifvertragsrecht, sozialer Wohnungsbau, Kinder- und Wohngeld, Sozialhilfe sind genau das, was dem Bösen Schranken setzt.

Gehört das zum Thema: Metaphysik für unsere Zeit? Zur Frage der Legitimität der Moderne, die ja auch aufgeworfen, hier aber kaum vollständig beantwortet werden kann? Ich meine: ja, weil die scheinbare Legitimität der modernen Handlungsweisen zwar harmlos scheinen, in Wirklichkeit untergründig sind und auf das Böse in der Welt, dies ist aber nichts Mythisches, sondern der freie Wille dieses modernen Menschen, hinweisen, weil diese „Verfehlung“ in Verbindung mit der fehlenden oder falschen Orientierung, also der Metaphysikferne, gebracht werden muss und weil Beispiele genau zeigen, wie wenig erlaubt, also wie unlegitim, diese modernen Verhaltensweisen sind. Das Schlimme an ihnen ist, das jeder meint, dafür gebe es ebenfalls eine Basis, eine Orientierung, die nicht weniger legitim ist als meine „Metaphysik des Sollens“ – diese Basis ist der Neoliberalismus, das sinnentleerteste Dasein, das die Menschheit je geführt hat.

Damit kommen wir auf die durchgreifende Ökonomisierung aller unserer Lebensverhältnisse. Aktuell ist etwa die Diskussion zur Rentenreform (2006/2007) zu nennen, bei der ich als Beispiel verweilen will. Die Rentenreform geschieht wesentlich aus der Erkenntnis heraus, dass das den gesamten Sektor tragende Finanzierungssystem überfordert sei, die steigende Zahl alter – und damit potenziell kranker – Menschen auf hohem Standard zu versorgen. Die Basis für die Begleichung der Kosten ist zum überwiegenden Teil das solidarische Prinzip der gesetzlichen Rentenversicherung, ist der Arbeitsplatz, der beitragspflichtig im gesetzlichen System ist, nicht das Kapitaleinkommen. Ein nicht unwichtiger Teil der Reform dieses gesamten Systems ist die Vorstellung neoliberaler Akteure, es zu privatisieren, kapitalgedeckt nennt man dies. Die CDU hat darüber die letzte Bundestagswahl verloren, weil sie mit dem abenteuerlichen Gedanken umgegangen ist, diese Privatisierung zu radikalieren, in dem sie für alle „Bürger“ gleiche Kopfpauschalen gefordert hat, das System also entsolidariert hätte – dies war zwar für die Kosten der Krankenversicherung gemeint, ist aber ein gutes Beispiel dafür, was eine „christliche“ Partei unter Solidarität versteht.

Weiterer Hintergrund ist die Erkenntnis, dass das Verhältnis von jungen Menschen, die in dieses Solidarsystem einzahlen und alten, die zusätzlich auch noch häufiger krank sind, davon überanstrengt ist, auch weil beide Seiten etwas herausholen wol-

len. Klar ist: ein solidarisches System von jungen Beitragszahlern und alten Rentnern (in der Krankenversicherung alten Kranken) hängt von der Zahl dieser Beitragszahler ab. Diese schrumpft demographisch bedingt. Dies versucht man uns so einzureden. Schon seit vielen Jahren aber fehlen fünf bis sechs Millionen Beitragszahler, weil unser politisches und wirtschaftliches System Arbeit, die zu Beitragspflicht führen könnte, hartnäckig verweigert. Entscheidend für die Misere der Rentenversicherung ist also das Fehlen von Arbeitsplätzen, auf denen Beiträge gezahlt werden könnten, nicht das Fehlen von jungen Menschen. Natürlich wird sich daran etwas ändern in den nächsten Jahrzehnten, aber doch nicht so viel, dass ein Renteneintrittsalter von 67 gerechtfertigt wäre. Vielmehr haben jene Volkswirte, die noch ein wenig „vernetzt“ denken können, Recht, die sagen: die Frage der Versorgung kranker und alter Menschen hängt auch von der Produktivität der Arbeitsplätze ab. Ich fordere hier sehr deutlich ein Nachdenken über eine Steuer bzw. über Sozialabgaben auf die steigende Produktivität. Entkoppeln wir die Beiträge von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und schon ist das Problem etwas – vielleicht sogar deutlich – abgemildert. Diese Entkopplung darf allerdings nicht über eine allgemein zu erhebende Steuer, sondern über die Beitragspflicht des Kapitals gehen. Außerdem muss ein solches neues System der Tatsache endlich Rechnung tragen, dass die Einkommen derer, die noch beschäftigt sind, aufgrund unsers Strukturwandels zu höherwertiger Tätigkeit immer höher werden: auch die Beitragsbemessungsgrenze muss in diese Diskussion hinein gezogen werden, bevor man ernsthaft über eine drastische Erhöhung des Arbeitsvolumens durch Mehrarbeit nachdenkt.

Hier wird also politisch manipuliert mit der klaren Absicht, einer neoliberalen Elite zu Gefallen zu sein, denn diese würde davon insofern profitieren als sie von zusätzlichen Abgaben, die sie schon jetzt deutlich unter ihren Möglichkeiten leistet (Beitragsbemessungsgrenzen müssen fallen), befreit wäre. Um es noch einmal deutlich zu machen: die Politik – im Jahre 2007 ist es eine Große Koalition – führt wider besseres Wissen eine Reform ein, die für die Mehrzahl der Menschen schädlich ist. Die Rente mit 67 ist schlicht deshalb überflüssig, weil durch die Erhöhung der Lebensarbeitszeit zwar theoretisch zwei Millionen mehr Menschen beschäftigt sind, die keine Rente beziehen, aber Beiträge zahlen: nur, wo sind diese Arbeitsplätze – auch in Zukunft sind sie, eben wegen der ständige steigenden Produktivität, nicht in ausreichendem Maße in Sicht. Sie ist weiter überflüssig, weil man das Problem eben durch die Besteuerung des Faktors Kapital im Produktionsprozess lösen kann. Außerdem ist es zynisch im Angesicht von Millionen nur schwer integrierbaren Jugendlichen und Kindern von einer Erhöhung der Lebensarbeitszeit zu reden – sie gar gesetzlich zu beschließen, während diese Gesellschaft nicht in der Lage ist, diese jungen Menschen in ihre Arbeitssysteme zu integrieren.

Die Politik haben wir bearbeitet, die Philosophie insofern auch, als wir eine klare Priorität des Menschen als Zweck aller politischen Handlungen eingefordert haben und

es noch systematisch tun werden – es ist evident, dass der Mensch hier ein Mittel – also ein Instrument – zur Sicherung neoliberaler Herrschaft ist, indem man ihn für etwas heranzieht, das aber letztlich als Gemeinschaftsaufgabe einer selbstbewussten Politik zu begreifen wäre. Der Zweck ist die Stabilisierung des Neoliberalismus, das Mittel dazu der ältere Mensch. Jede Politik aber, die vor den Augen der Moral Bestand haben will, müsste es genau umgekehrt machen. Dies geht aber deshalb nicht, weil sich eben der ausschließlich auf egoistische Ziele gerichtete Neoliberalismus dafür genau nicht eignet.

Die Politik hat also ihre klaren Ziele und Handlungsmaxime eigentlich zur Verfügung, sie verfehlt sie deutlich. Wir haben versuchsweise Politik und Philosophie mit ein wenig bescheidener Wirtschaftsgeschichte verknüpft. Neoliberalismus ist die Behauptung einer schrankenlosen Freiheit des Kapitals, von dem angenommen wird, „dass es es schon richten wird“. Es kommt aber auf einen ganz anderen Freiheitsbegriff an, nämlich den der grundlegenden Entfaltungsmöglichkeit aller Menschen nach ihrem Vermögen, wobei die Grundsicherung des Lebens von der Gesellschaft als Rechtsanspruch, nicht als Almosen, ausgestattet werden muss.

Was nun hat das mit Metaphysik zu tun und wie ist nach 1990, als der Osten zusammenbrach und der Kapitalismus sich entfesseln konnte, die Geschichte der sozialen Marktwirtschaft weiter gegangen? Dies soll später auch am Fall des Wortes „Neue Soziale Marktwirtschaft“ geklärt werden. Dies mag zunächst als sozialphilosophische Grundlegung und „Vorurteilsbildung“ reichen.

Christliche Sozialpolitik als Metaphysik für unsere Zeit

Die hier zunächst nur als evident bezeichnete Notwendigkeit einer Metaphysik stellt aber auch Normen zur Verfügung, die Wissenschaft, Ökonomie, menschliches Verhalten bewerten hilft. Ich behaupte hier also, dass die Grundlagen unserer modernen Gesellschaft: Naturwissenschaft und Ökonomie nur eingeschränkt hilfreich sein können, und vor allem sage ich, dass sie kontrolliert werden müssen.

Wir wollen jetzt, eben als Zwischenbilanz, die Frage stellen, wie man derartige Erkenntnisse, auf die aufgeworfene Frage nach der Schädlichkeit (das Böse) von Neuer Sozialer Marktwirtschaft und Neoliberalismus anwenden kann. Wir werden versuchen, dies mit der Frage zu verknüpfen, was daraus etwa für die Arbeitslosigkeit folgt.

Aus diesen Zeilen sollte hervorgehen: Beides: das Gute ist möglich, wenn man erkennt, was das Gute ist, das Böse ist nicht nötig, wenn man das, was zu ihm führt – die Wolfsnatur – bekämpft. Diese kann man kurzfristig bekämpfen durch Eindämmung der kapitalistischen Überziehungen mit Hilfe von Einschränkungen der so genannten Vertragsfreiheit der Kapitaleigner (Art. 3 GG), was wiederum möglich ist, auch philosophisch möglich erscheint, wenn man eine klare Vorstellung darüber hat,

wie die im Grundgesetz ausgestaltete Entfaltung der Anderen durch die Einschränkung der überschießenden Willkür der Reichen befördert werden kann. Das Grundgesetz wiederum lebt nicht ohne klare Normen darüber, was hinter der jeweiligen ökonomischen Wirklichkeit liegt und welche langfristigen Ziele verfolgt werden müssen, um Naturrecht bzw. Menschenrecht zu realisieren. Wir haben die Überzeugung formuliert, dass beides mit den Mitteln des Neoliberalismus nicht realisierbar ist und halten eben den Kreis, der sich um die Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ gebildet hat, für „das Böse“, weil er genau von dem ausgeht, was dem homo oeconomicus nutzt, der ja gerade das Böse repräsentiert, und dem Menschen insgesamt schadet.

Warum letzteres? Alle Maßnahmen dieser „Initiative“ scheinen darauf aus zu sein, unter einem außergewöhnlich zynischen Freiheitsbegriff die historischen Ergebnisse der Entwicklung des Menschen in Frage zu stellen. Die Gesellschaft hat ein Eigentum erworben, das eben allen gehört – die „Initiative“ privatisiert dieses, die Gesellschaft hat Vorstellungen sozialer Gleichheit bei erforderlicher Differenzierung entwickelt: die „Initiative“ will alles der Willkür des einzelnen Starken überlassen. Belege dafür sind die Kopfpauschalen, die Kapitalisierung der Sozialversicherung, die Abschaffung von Mitbestimmung und Rechten auf Wohnen, Arbeiten, Gesundheit usw. Sie wird es so nicht sagen, aber die Offenheit, unter der dies alles geschieht, ist wenigstens ehrlich: die Freiheit des Einzelnen (mehr Freiheit wagen) ist ihre oberste Richtschnur, wobei dieser Freiheitsbegriff höchst einseitig und oberflächlich ist: er verwechselt die Bindungskraft einer verantwortlichen Freiheit mit der Willkür des Wolfsmenschen, dieser kommt also hier wieder durch und also sind der Neoliberalismus und die Neue Soziale Marktwirtschaft von ihren leitenden Vorstellungen her das schlechthin auch metaphysisch Böse, dem ein Gutes, wenigstens ein Anderes entgegengestellt werden muss. Die von den Akteuren des modernen Kapitalismus propagierte Freiheit ist nur die des Marktes, der alles nach diesen Vorstellungen richten soll, und zwar besser als es jedes öffentliche Handeln könnte.

Dies gilt es zu prüfen, wenn wir mit unseren Argumenten bestehen wollen. Wir haben den Freiheitsbegriff der Neoliberalen als „zynisch“ bezeichnet – vielleicht ist es aber der eigentliche, derjenige, der wirklich weiter führt und auch den Bedürfnissen der Menschen besonders gut gerecht wird. Es ist nun überhaupt nicht von der Hand zu weisen, dass die entfesselte Willkür letztlich dem homo oeconomicus besonders entgegenkommt und wohl auch für viele von ihnen optimale, wenn nicht maximale Profite ergibt. Aber: dürfen diese das? Und – an dieser Stelle bemerkt – sind es eigentlich nur die wirklich Reichen, auf die das Adjektiv „böse“ passt? Zunächst das Eine, dann das Andere. Und dann: was haben beide miteinander zu tun? Es lässt sich nun gar nicht übersehen, dass der Kapitalismus, also der radikal freie Markt, einen verbreiteten Wohlstand ermöglicht hat: hier, vor allem aber in den USA, dort hat dies alles Tradition und ist auch noch protestantisch, also christlich legitimiert. Dies

ist ja auch der Kampf, mit dem Neoliberale in die Schlacht ziehen: Wohlstand werde durch Wettbewerb, freien Markt für viele ermöglicht. Selbst jedoch wenn dies stimmt und noch spricht die Wirklichkeit für diese These, denn die Zahl der wirklich Armen ist gering, die Zahl der leidlich Versorgten relativ hoch: eine Leistung des Kapitalismus, fragt sich aber wie lange noch und zu welchen Kosten? Und: ist das Argument, das die Mehrheit profitiert, schon deshalb richtig, weil es die Mehrheit betrifft?

Es geht – wie gesagt – um Grundlegendes, um das, was „dahinter“ steht, um das Prinzipielle, und hier stimmt dann gar nichts mehr. Langfristig etwa deutet sich schon jetzt das Scheitern mit grauenhaften Folgen für die Menschheit an, kurzfristig sind große Teile der nicht Kapital besitzenden Menschen in der westlichen Welt durch eine beispiellose Entsolidarisierung der Sozialsysteme, der Gesellschaft überhaupt, gefährdet. Beispiele für die Entsolidarisierung gibt es genug, es reicht hier, auf die Kopfpauschalen und auf das Versagen des Prinzips „Wettbewerb“ und Markt bei den Basisbedürfnissen des Menschen: der Energieversorgung, dem Arbeitsmarkt und der sozialen Sicherheit zu verweisen, auf die Vorstellung von der Kapitaldeckung der Sozialsysteme, die genau in dem Moment am Ende sind, wenn das Kapital keine Zinsen mehr bringt – Beispiele in der Lebensversicherung gibt es genug. Im Übrigen sei gesagt: alle diese Maßnahmen werden auch ergriffen, um im so genannten Wettbewerb wiederum Menschen mit Gratifikationen zu versehen, die am meisten Kapital in das System geben: die Solidarität ist schon deshalb am Ende, weil das Kapital nicht solidarisch sein kann.

Wenn wir also ein Gesellschaftssystem auf dem bösesten Prinzip, das es geben kann, auf dem Egoismus des Willkürmenschen, aufbauen, dies Freiheit nennen und behaupten, im Wettbewerb des Marktes regle sich auch das Menschenrecht am besten, öffentliche Güter brauchen wir nicht, so sieht man, dass dies kein „allgemeines Gesetz“ sein kann, eben weil es der Allgemeinheit kaum zu Gute kommt. Auch das Argument, es gebe viel zu wenig Markt und viel zu viel Einschränkungen durch Gesetz und z.B. Tarifvertrag, ist durch den Augenschein etwa bei der Energieversorgung entkräftet. Im Übrigen lässt sich ein derartiger Privatisierungswahn im freien Markt ganz gut mit der Überlegung kennzeichnen, ob denn dieser freie Markt nicht als die 2. Instanz der Evolution betrachtet werden kann. Auch hier setzt sich der Stärkste, der hier der Schlechteste im moralischen Sinne ist, am Ende durch: das Ergebnis wäre ein Sozialdarwinismus, der den biologischen, der auch einmal politisch Programm war, in den Schatten stellen wird.

Metaphysik für den Alltag, für eine moderne Zeit wollen wir schreiben. Bisher haben wir behauptet, abgerechnet, Begründungen für die Behauptungen stehen – scheinbar? – ohne Argument da, bestenfalls die Evidenzbehauptung aufgestellt. Allerdings sind die meisten Befunde, die hier ausgebreitet sind, sicherlich empirisch richtig ge-

sehen. Auch die Folgen einer selbstverliebten Menschheit, der entfesselten Willkür, eingekleidet in Coolness und Gelassenheit – sie haben gut gelassen sein – sind absehbar oder schon empirisch zu beobachten, vor allem im Weltmaßstab. Wir brauchen also viel mehr öffentliches Handeln, wir müssen den Wahn beenden, der in der Privatisierung liegt. Wir benötigen keinen Wettbewerb, keinen Markt – diese haben letztlich nur Schäden verursacht oder sind mindestens, weil sie eben die Produkte teurer machen als sie letztlich durch Technik und Arbeit herstellbar sind, irrational. Was tritt an die Stelle? Was will diese Sollensmetaphysik? Ist der Mensch wirklich nur böse? Und die Geschichte der Experimente mit sozialistischen Systemen (DDR, UdSSR)? Diese sind nur gescheitert, weil sie anders als der Kapitalismus nicht verstanden haben, den Wolfsinstinkt der Menschen zu nutzen für ihren Erfolg. Alles öffentliche Handeln setzt eine Orientierung an etwas voraus, das die Wirklichkeit, die eigenen Interessen transzendiert, an etwas, was hinter der Wirklichkeit liegt: an einer wirklichen Moral, an Freiheit in Verantwortung, an Maximen, die Charakter benötigen und nicht Gewinninteressen. Dass dies dem Menschen (noch) nicht gegeben ist, hat zum Scheitern sozialistischer Experimente geführt und wird dies wohl weiter tun.

Immerhin haben wir jetzt einen Ansatz für eine politische Metaphysik. Das Gelingen des Lebens, die Versorgung mit Gütern und Diensten der Grundbedürfnisse, setzt den guten Menschen voraus und den gibt es nicht! Ob wir ihn aus einer theologischen Metaphysik gewinnen? Diese Frage muss eigentlich am Ende dieses kleinen Buches eine halbwegs schlüssige Antwort gefunden haben.

Dass meine besondere Auffassung davon, was Metaphysik sei, viel auch mit Theologie zu tun hat, wird niemandem verborgen geblieben sein – und in der Tat, schon in der Tradition der Philosophiegeschichte sind beide zuweilen nur schwer voneinander zu trennen: dies wurde mindestens im Mittelalter deutlich, in welchem die Philosophie etwa die Aufgabe hatte, durch reine Gedankenleistung aus der ratio Gott zu beweisen; dies war mit Sicherheit die besondere Aufgabe der Metaphysik, zu deren vornehmsten Aufgaben ja auch das philosophische Reden über Gott gehörte und noch gehört.

Aber noch bei Kant diente die Wissenschaftskritik, die Kritik des Erkenntnisvermögens unserer Vernunft, letztlich in einem gewissen Sinn der Theologie, wenn diese – was zu vermuten ist – Reden über Gott heißt. Wie, wenn auch heute noch die „neue“ Metaphysik dazu taugte, das „weltliche“ Nachdenken über Gott zu befördern oder es einfach zu sein? Was diese neue Metaphysik ist, wird in diesem Buch ja geklärt: es handelt sich um das Überspringen, Transzendieren der gegebenen Wirklichkeit, hier stark ökonomisch-politisch gewendet, mit dem Ziel, die Wirklichkeit über sich selbst aufzuklären und ihr – wo sie allgemeine evidente oder vertraglich verabredete menschliche Bedürfnisse nach Gütern und Sinnerfüllung verfehlt – ein

Gegenbild entgegenzustellen. Dieses Argument kommt dem nahe, was auch die als Kommunitaristen bezeichneten Gruppen von Philosophen sagen: die Entfaltung von Recht im Öffentlichen, Moral aber im Privaten sei schädlich, Gut und Rechtlichkeit sind nicht von einander zu trennen, wo man es tut, besteht immer die Gefahr eben jenes Darwinismus im sozialen Maßstab.

Wo aber soll dieses Gegenbild herkommen? Woher wissen wir, dass die gegebene Wirklichkeit defekt ist und woher nehmen wir die Gewissheit, dass eine andere Wirklichkeit, die es herzustellen gilt, nicht noch schlimmer ist – historisch gibt es genügend Beispiele für Utopien, die alles noch schlimmer gemacht haben als man versucht hat, sie zu realisieren. Dies letztere bedeutet einfach, dass wir endlich auch jene Versuche vorurteilsfrei analysieren müssen, um zu wissen, woran Versuche gescheitert sind – dies ist ein Teil meiner intellektuellen Unternehmung mit diesem Buch.

Die gegebene Wirklichkeit ist ja nur defekt für eine bestimmte Vorstellung, die aus regulativen Ideen gewonnen wurde, sofern der Defekt nicht evident ist und alle – oder wenigstens der verständige Teil der Menschheit – tendenziell darunter leiden: vielleicht ist die Klimaproblematik dafür ein gutes Beispiel. Dieser Defekt ist evident und bedarf wohl keiner weiteren regulativen Idee, weil der einzelne Mensch sehr bald, wenn nicht schon jetzt, die Folgen spürt. Dass die Natur möglichst so eingerichtet werden soll oder sein sollte, dass der Mensch durch sie keine (weiteren) Qualen erleidet, leuchtet jedem ein. Eine ganz andere Frage ist es, warum Politik und Ökonomie – oder umgekehrt – an der Umsetzung der Vorschläge für eine Verhinderung der Katastrophe so wenig Interesse haben, es sei denn, die Erkenntnisse seien profitabel verwendbar – Verwertungsinteressen, deren Ergebnisse nur einer verschwindenden Minderheit der Menschen zu Gute kommen.

Die Begründung für eine Reihe von regulativen Ideen gehört in den Bereich dessen, was Kant mit Glaube bezeichnet hat, von dem aber anzunehmen ist, dass es weder weltfremd noch schädlich ist – mindestens kann man davon ausgehen, dass menschliches Glück (Glückseligkeit) ein erstrebenswertes Gut ist. Die Frage, ob hier ein Defekt der Wirklichkeit vorliegt ist mit „Ja“ zu beantworten, weil man sich schlechterdings nicht vorzustellen vermag, dass Menschen in Kriegsgebieten, in Gebieten mit Dürre und damit Hungerkatastrophen, mit hoher Kindersterblichkeit, mit unerträglicher Kriminalität, mit Überflutungen, Menschen in sozial prekärer Lage, Arbeitslose, Rentner, die in dieser Gesellschaft nicht mehr allgemein kommunizieren können, weil sie sich Gesellschaft nicht leisten können, Jugendliche ohne Perspektive, gequälte Kinder und Frauen irgendwie glücklich sind.

Nein, schon diese Reihe reicht, um zu sehen, dass es hinter der gegebenen Wirklichkeit noch etwas anderes gibt, das es gilt zur Sprache und in diese Realität zu bringen. Dies ist mindestens die Abwesenheit der in der obigen Reihe eingeschlossenen Übel.

Ist das schon Metaphysik – und wo bleibt die Theologie dabei? Das Metaphysische daran ist die Vorstellung, dass es Ideen gibt, die diese Wirklichkeit transzendieren, und das Theologische daran ist, dass es ohne den – christlichen – Gott dabei nicht geht.

Nun will ich keineswegs behaupten, auch dagegen spricht schon die Evidenz, dass diese moderne Welt voller physischer Übel sei: im Gegenteil, in den letzten 100 Jahren sind viele dieser Übel durch technische Innovation, vor allem auch medizinischen Fortschritt, entsprechend orientierte Politik, soziale Gesetze, eben auch – wie oben schon geschrieben – durch die soziale Marktwirtschaft teilweise besiegt worden: eine viel größere Zahl von Menschen lebt heute in größerem Wohlstand, besserer Gesundheit – aber eben die meisten noch immer nicht. Und noch immer muss auch der westliche Mensch Angst vor physischen wie politischen wie sozialen Übeln haben. Es kann, wenn meine Grundthese von der bösen Wolfsnatur des Menschen stimmt und wenn auch richtig ist, dass es in der aktuellen Politik eine Metaphysik des Bösen gibt, die unserer ökonomisch dominierte Zeit zu Grund liegt, nicht anders sein. Der Fortschritt ist akzidentiell – wie die Geschichte auch gezeigt hat und wie moderne Kriege, Rückschritte, soziale Verarmung eben noch immer zeigen.

Wir greifen hier also sozusagen zur Theologie und sagen, wir müssen Gott notwendig annehmen, damit eine Instanz das Funktionieren unserer durch das Prinzip Sittlichkeit verabredeten Handlungen garantiert. Dies kann nur ein höchstes Gut, auch Kant nennt es „Gott“, sein. Bei Kant muss dies nur insofern ein christlicher Gott sein als er meint, die Vernunft komme auf die in der Bibel vorgefundenen moralischen Wahrheiten auch ohne Offenbarung, in diesem Buch ist der christliche Gott in Gestalt Jesu unabdingbar, wie sofort zu sehen sein wird. Ich sage hiermit: unsere auch den Handlungen und Zielen einer modernen Welt zugrunde liegenden Prinzipien sollte man als (politische) Metaphysik bezeichnen und auch diese wird durch den christlichen Gott „kontrolliert“. Nur: in welcher hierarchischen Abfolge? Bei Kant bedingt die Moral Gott, zuweilen bedingt bei Christen Gott die Moral, wenn sie Moral überhaupt als ein Kriterium des Glaubens und kirchlicher Handlungen zulassen. Ich meine hier aber, dass beide Positionen nicht sehr weit auseinander sind.

Ich behaupte ja hier, dass auch eine moderne bürgerliche Moral, die allen Handlungen der Wissenschaft, Politik, Ökonomie und dem menschlichen schlichten Zusammenleben zugrunde liegt, einer theologischen Fundierung bedarf: diese wäre ein „Gott der Philosophen“ (Weischedel, der allerdings den christlichen Gott als Gott der Intellektuellen nicht zulässt). Dies ist allerdings mehr, ich habe oben darauf hingewiesen, als nur unverbindliche Annahme irgendwelcher Tugenden, mit denen man vielleicht den Alltag bewältigen kann, die allerdings höchst zweifelhaft schon deshalb sind, weil sie keineswegs für alle gelten und auch von denen selten befolgt werden, die von ihnen reden. Der christliche Gott verlangt von uns letztlich genau

diese Moral, die uns heute fehlt und deren Fehlen als „metaphysisches Übel“ bezeichnet werden kann. Wie aber soll das gehen, wenn doch der Mensch böse ist?

Man wird ihn – den Menschen – so erziehen müssen, dass er nach jenen Prinzipien in seiner Verpflichtung endlich jenes gesellschaftlich nützliche Wesen wird, das wir benötigen, um diese Welt ertragbar für alle zu machen. Also: die politische Metaphysik, das ist die allen Erscheinungen der wirtschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen „Dinge“ Sinn gebende Instanz, eine Instanz, die diese Realität kontrolliert und die Verfehlungen sanktioniert. Da der Mensch egoistisch, böse und offenbar nur schwer erziehbar ist, müssen diese Sanktionen schärfer sein als sie von bürgerlich-rechtlichen Methoden bisher angewandt wurden. Oder ist der Mensch am Ende doch nicht so böse? Sehr liberal ist das nicht, was ich da schreibe. Auch hier ist wieder an Kant zu erinnern, der ebenfalls den Menschen zwar als frei, aber böse beschrieben hat. In der Weise, dass er – ich schließe mich dem an – sagt, der Mensch habe sich von vornherein für das Böse entschieden; privat und aus der Jetztzeit und allen Erfahrungen der Geschichte der Menschheit lässt sich sagen: weil es bequemer ist böse als gut zu sein. Da der Mensch aber frei ist, ist die Erziehung zum Besseren grundsätzlich möglich.

Böse also ist er – der Mensch – nur, wenn er als frei bezeichnet werden kann. Diese Willensfreiheit des Menschen ist in jeder Hinsicht, metaphysisch, bürgerlich, christlich, erforderlich, um überhaupt eine Schuldfähigkeit behaupten zu können – und ohne diese Zurechenbarkeit von Handlungen ist jeder Versuch, die Welt erträglich zu gestalten, von vornherein, geradezu a priori, zum Scheitern verurteilt. Warum? Es wird, wenn gleichsam wissenschaftlich – siehe Biologie, Hirnforschung – festgestellt wird, dass der Mensch nur Natur ist, diesem Menschen auch niemand mit dem Vorschlag kommen können, er möge sich so verhalten, dass er bestimmten Prinzipien folgt, die eine Welt für alle erträglich macht – denn er wird immer antworten können, dass seine Taten ohne jede Folge sind, für die er die Verantwortung zu übernehmen habe. Schließlich sei es seine Natur, böse zu sein – und dann ist auch die Vokabel „böse“ höchst prekär.

Unsere Probleme, die, die ich hier geschildert habe, können wir aber nur langfristig lösen, indem wir auf Erziehung der Menschheit im Sinne einer christlich begründeten Sollensmetaphysik einwirken.

Metaphysik und Politik mit I. Kant wollen wir treiben – grundgelegt im Leben Jesu, das das Leben des geoffenbarten Gottes ist. Gerade dieses Leben Jesu mit seinem Opfertod am Ende zeigt, wie wichtig es diesem Gott ist, für die Menschen Handlungsanweisungen in Form dieses Exempels zu geben. I. Kant hat seine Kritik der reinen Vernunft mit der klaren Absicht geschrieben, nicht die Metaphysik zu „zertrümmern“, sondern sie neu zu schreiben und zwar so, dass sie lebensfähig bleibt oder

wieder wird. Der Kritik der reinen Vernunft folgte die Kritik der praktischen Vernunft mit der Grundlegung der Metaphysik der Sitten.

Im Zusammenhang mit einer an Kant orientierten christlichen Ethik auf der „Basis“ von Jesu Leben ist hier aber natürlich sofort verschärft zu fragen: fordert Gott unseren Glauben oder unsere Tat? Der Samariter glaubte nicht, er handelte. Und zwar handelte er nach einem moralischen Gebot. Vom Knecht, dem das Geld anvertraut war, forderte der Herr die mehrende Tat und darüber musste er Rechenschaft ablegen. Jesus fordert von uns, dass wir uns für seine geringsten Brüder einsetzen – er fordert die Tat. Wenn der Mensch dadurch in erster Linie gerechtfertigt ist, nicht einfach durch Arbeit, sondern durch die „richtige“, die „soziale Tat“, dann kann es schlechterdings nicht zur Dominanz des Kapitals kommen. Wenn er jedoch meint, durch Erfolg seine Rechtfertigung, die immer schon – bei Calvin sogar von vorn herein – gewährt ist (oder eben nicht), sichtbar machen zu können, dann ist der Arme eben erfolglos und der Reiche hat seine Rechtfertigung nachgewiesen.

Meine Metaphysik verpflichtet zu öffentlichem Handeln aus der Erkenntnis der Forderungen des „höchsten Gutes“ – „Religion“ und „Öffentlichkeit“ sind versöhnt in dem Sinne, dass sie aufeinander bezogen sind. Führt ein Weg von der Reformation zu einer solchen Haltung? Wohl eher nicht.

Schluss: Der kategorische Imperativ der Sozialpolitik

Metaphysik, die sich zum einen den Alltagsnöten der Menschen zuwendet, indem sie die hinter diesem Alltag liegenden Fragen klärt, zum anderen aber klare Hinweise dazu gibt, warum etwas so ist wie es ist und nicht vielmehr anders und wie es sein sollte, damit postulierte Ideen realisiert werden, ist in diesem Vollzug politische Philosophie. Schon deshalb auch, weil es Gesetze, bürgerliche Normen, gibt, die ebenfalls auf hinter der Wirklichkeit liegenden Vorstellungen beruhen und weil jede gute Politik der Leitidee bedarf. Kant etwa unterscheidet Handlungen, die wegen Pflicht und aus Pflicht geschehen. Ersteres sind weltlich-bürgerliche Gesetze, das andere resultiert ganz ohne bürgerliches Zutun aus der Autonomie des freien, moralischen Menschen. Gesetze müssen politisch durchgesetzt werden. Dafür braucht es Verabredungen, die jeweils von der geltenden gesellschaftlich mehrheitsfähigen Moral bestimmt sind. Dafür muss der Mensch nicht autonom sein. Jedoch derjenige, der es ist, also rein aus Pflicht handelt, braucht die Gewissheit, dass eine Einstellung und seine Handlungen auch mit dem höchsten Gut verbunden sind.

Ich gehe sogar noch ein wenig weiter und sage, dass Menschen in der Fülle ihres Wohlstandes, Glücks und ihrer Gesundheit möglicherweise subjektiv gar nicht bedürftig sind, politische Metaphysik an ihrer Seite zu wissen – im Gegenteil, diesen ist sie nur lästig. Politik ist öffentliches Handeln zur Umsetzung für richtig erkannte Ziele – nun denn, auch alle Diktaturen habe ihre Ziele als richtig und umsetzungswürdig

erkannt, die Ziele der Globalisierung, wenn sie welche hat, sind von den Akteuren mit höchster Würde versehen: Geld verdienen, im besten Fall profitiert rein zufällig auch noch der eine und andere davon. Ich kann hier jedes beliebige Ziel nennen, das auch mit reiner Machtausübung, Pragmatismus oder was auch immer verbunden ist. Nein, diese Definition für sich reicht kaum aus. Also: Politik ist öffentliches Handeln zur Umsetzung richtiger Ziele – nach unseren Aufstellungen können dies nur solche sein, die vor einem Sittengesetz bestehen mit abstrakten Normen auf der Basis eines höchsten Gutes. Normen, die über allen willkürlichen Meinungen, zeitlich geprägten moralischen Verabredungen stehen. Und dies alles unter Berücksichtigung gerade wieder dieser Zeitumstände. Dies geht alles nur, wenn wir annehmen, das irgendetwas genau dies bietet: über allen Zeitumständen stehen und doch, humaner Weise, gerade diese auch im Interesse der gerade lebenden Menschen berücksichtigen. Dies kann nach allem nur ein Unbedingtes sein – dieses Unbedingte ist Gott in der Gestalt Jesu. Etwas anderes ist nicht denkbar. So auch Kant. Sollensmetaphysik ist dann zu wissen, was man tun soll auch dann, wenn die eigene Neigung oder irgendwelche Vorteile dagegen stehen.

Die Metaphysik für unsere Zeit – als Sollensmetaphysik – muss über das hinaus sehen, was verabredet ist, auch wenn sie es als Gegebenes anerkennt, um nicht terroristisch und totalitär zu werden. Sie muss es korrigieren, jedenfalls den Versuch dazu unternehmen, vor allem auch dann, wenn sie erkannt hat, dass diese Verabredungen, wie derzeit evident, eine Gesellschaft, die Menschheit nachhaltig schädigen. Ein Handeln nach dieser Metaphysik heißt immer so zu agieren, dass der Mensch – so sagt Kant – Zweck, niemals Mittel der Handlungen und Ziele ist. Es heißt auch immer so zu handeln, dass auch das konkrete Handeln ein allgemeines oder gar Naturgesetz sein kann. Dies ist Kants Maßstab im „kategorischen Imperativ“. Dies ist keine materielle Ethik, sondern abstrakte Norm, überzeitlich gültig, unabhängig vom Zeitgeist. Diese Moral lässt zeitgebundene durchaus zu, prüft sie nur an diesen Zielen.

Der Neoliberalismus, der Kapitalismus haben ihr Funktionieren an das Böse gebunden, an den homo oeconomicus, anstatt dessen sollte die Gesellschaft ihre Angelegenheiten auf das Prinzip des autonomen, freien, nur an die hier beschriebene Sollensmetaphysik gebundenen, Menschen stellen. Sie tut es nicht und begnügt sich vor dem Hintergrund dieses Befundes damit, ethische Verabredungen zu treffen, die dem Instinkt dieses Naturburschen – des nur wirtschaftlich denkenden und auf seine, und nur seine, Vorteile bedachten Menschen – folgen. Dies kann auf die Dauer nicht gut gehen. Die Kirchen, die protestantischen werden es nach Lage der Dinge nur nach einer Bereinigung ihrer Rechtfertigungslehre können, sollten sich an die Spitze einer Bewegung setzen, die eine neue kopernikanische Wende in Moralfragen einleitet. Sie allein wird dies können; denn: möglichen anderen Gruppierungen, gut meinenden humanistischen, den Linksparteien oder anderen vergleichbaren, fehlt

die metaphysische Basis, jedenfalls ein Teil davon. Diese werden im Zweifelsfall – im Grenzfall – sich auch nicht nach dem absolut Gebotenen, sondern nach dem Nützlichen richten. Niemand außer dem von mir hier so genannten höchsten Gut garantiert ganz langfristig dem glückswürdigen Mensch auch die Glückseligkeit und damit ein Gelingen auch der langfristigen Überzeugungs- und Erziehungsarbeit.

Was ist diese „kopernikanische Wende“ in ethischen Angelegenheiten? Ganz einfach der Schritt vom Wissen zum Glauben, aber in Kants Sinn. Kant hat, wie wir gesehen haben, Wissenschaften nicht klein geschrieben, sondern ihnen einfach den Platz zugewiesen, den sie haben: den der empirischen Erkenntnis und den darauf aufbauenden praktischen Folgen – im Guten wie im Bösen. Was jedoch gut, was schlecht ist, entzieht sich der Entscheidung, Prüfung und letztlich auch Umsetzung der Einzelwissenschaften. Das heißt auch, das, was wir wissen können, sollen wir durch unser Erkenntnisvermögen auch erarbeiten, das, was wir nicht wissen – erkennen – können, müssen wir glauben, wenn wir gerade auch der praktischen Lebensbewältigung ihre Ziele geben wollen – und das müssen wir, weil sonst der Mensch, die Menschheit orientierungslos durch Gegenwart und Zukunft irrt. Glauben also ist Metaphysik als Wissenschaft in diesem bereinigten Sinne. Glauben heißt postulieren von Ideen, ohne die wir langfristig – manchmal auch kurzfristig schon – keine Zukunft für die Menschheit gewinnen können. Diese Ideen habe ich benannt und wiederhole hier sie noch einmal: Sittlichkeit als Vernunftfaktum, Gott als höchstes Gut in Verbindung mit der Würdigkeit zum Glück, Unsterblichkeit als Ausgleich für die Niederlagen, die ein guter Wille im Alltagsstress, den wir mit den verabredeten Konventionen (so genannte Tugenden) der derzeit neoliberalen Gesellschaft haben, hinnehmen muss. Klingt das nach Vertröstung? Nein, es ist notwendig, um die Glückseligkeit wenigstens annehmen zu können. Nur: deutlich mag auch geworden sein, dass die Glückswürdigkeit eine große Rolle dabei spielt. Und was anderes als diese Kant'sche Glückswürdigkeit ist endlich der Richter-Spruch des nach dem Neuen Testament zum Richter berufenen Jesus über unser Leben?

Theologische Metaphysik ist nur als Moralphilosophie möglich. In der Zeitung war zu lesen, dass Ethik „schwer“ sei – dies kam von einem Wirtschaftsvertreter. Andererseits gibt es Firmenethik, Firmenphilosophie, häufig zur Dutzendware verkommen, billig und wohlfeil. Es handelt sich dabei häufig einfach nur um eine Nützlichkeitsethik, nützlich für die Betriebe, selbst wenn der Mitarbeiter, der Kunde oder irgendwelche hohl formulierten Ziele im Mittelpunkt stehen. Meist geht es dabei um die Frage, wie man die Effizienz der Mitarbeit im Interesse von deren Verwertbarkeit steigern soll. Dies, so darf ich hier schon sagen, ist keine Ethik, jedenfalls keine, die diesen Namen verdient. Bei der hier im Mittelpunkt stehenden Sollensmetaphysik geht es allein um die Frage, wie man die Verhaltensweisen und Entscheidungen der Menschen aus freiem Willen abstrakt, gültig, zeitlos über den Interessen Einzelner

und ganzer Gruppierungen stehend definieren und bestimmen kann. Es geht – kurz – um nichts Inhaltliches, sondern um formale Festlegungen, nicht um Werteethik, sondern um „Gesinnungsethik“ – es ist nichts gut als allein ein guter Wille. Dies heißt nichts anders als: jede Beimischung von Motiven, Inhalten, Wünschen, Neigungen mag nützlich sein, ihre Folgen können positiv oder negativ sein, allein die Gesinnung, die Absicht, zählt. Eine metaphysisch bestimmte Ethik hat keine Inhalte, weil diese sofort infrage gestellt werden können. Inhalte von der Art wie oben angedeutet sind nie frei von Interessen, Beimischungen, Neigungen und können, im Grenzfall, auch unterbleiben. Ethik ist also dann aus Sicht der Sollensmetaphysik zu sehen, wenn sie frei von Kalkulationen über Vorteile, ja sogar Folgen der Entscheidungen, die den Handlungen vorausgehen, bleibt. Eine Tat ist nicht deshalb gut, weil sie „Gutes“ bewirkt, sondern allein deshalb, weil sie dem Pflichtbegriff adäquat ist, weil sie Gutes will. Man unterscheidet sehr gerne zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik: dies hier ist beides. Wenn man diese Unterscheidung trifft, so stets in polemischer Absicht. Gesinnung sei leer und ohne Bezug auf konkretes Tun, Verantwortungsethik gilt als das höherwertige moralische Prinzip. Dabei lassen sich beide nicht auseinander definieren.

Die hier aufgestellte Ethik sieht auf den ersten Blick wie eine reine Gesinnungsmaxime aus: nur der gute Wille zählt, nicht die Verantwortung für die Folgen einer Handlung, die aus dieser Gesinnung geschieht. Jedoch übersieht diese Kritik, dass unablässig zu dieser Gesinnung die freie Willensentscheidung steht: danach ist eine Handlung dann moralisch, wenn sie aus Pflicht geschieht – Pflichterfüllung vor dem abstrakten Sittengesetz, was wiederum nur einer autonomen Persönlichkeit möglich ist. Handlungen müssen, um moralisch zu sein, auch zurechenbar sein. Und wem etwas zugerechnet werden kann, der hat die Verantwortung dafür zu tragen. Ganz im Gegenteil wird unsere Sollensmetaphysik eine Ethik zu nennen sein, die in hohem Maße Verantwortung für das Ganze übernimmt, denn: im Mittelpunkt dieser Ethik steht „das Reich der Zwecke“, nicht der Mittel. Die oben kurz gekennzeichnete Wirtschaftsethik ist rein instrumentell, wie jeder Utilitarismus, in der nach Kant ausgeführten Moralphilosophie ist der Mensch immer der Zweck des Handelns. Zweck heißt hier: sein Schicksal, seine Möglichkeiten, seine Unversehrtheit stehen im Mittelpunkt jeder Handlung, gerade auch politisch.

So kommen wir zu dem klaren ersten Zugriff auf unseren kategorischen Imperativ: handle stets so, dass deine Mitmenschen immer im Mittelpunkt deiner Bemühungen stehen – hier ist die Menschheit gemeint. Handle nie so, dass der Mensch zum reinen Instrument irgendwelcher politischen und wirtschaftlichen Ziele verkommt. Der einzelne Mensch wie die gesamte Menschheit stehen dann natürlich auch im Mittelpunkt jeder Politik. Sie sind der Zweck, das Ziel und die Bestimmung ethischer Maßstäbe. Dies ist mit dem „Reich der Zwecke“ gemeint. Ein solcher Imperativ, er ist nun

einmal kategorisch, also ausschließend, unmittelbar und sozusagen kompromisslos, muss natürlich „zeitlos“ sein, nicht dem Geschmack irgendwelcher Tugendlehren, irgendeiner Wirtschaftsethik unterliegen. Unter ihm kann es zeitgebundene Anschauungen und Verabredungen geben, die sich aber daran messen lassen müssen. Was vor 100 Jahren Moral war ist es heute nicht mehr, was aber vor 100 Jahren – wenn es galt – prinzipiell gelten durfte, darf es heute auch.

So sind für unsere Sollensmetaphysik einige wesentliche Kriterien gewonnen, nämlich ein als Vernunftfaktum gegebenes Sittengesetz, die Freiheit des Menschen und seine Verantwortung für seine Handlungen und der aus beidem resultierende „gute Wille“, der allein uneingeschränkt „gut“ ist. Für uns kommt hinzu das Leben Jesu als historisches – und geoffenbartes – Vorbild für inhaltlich richtiges Handeln, das einzige, was einer Werteethik näher kommt. Aber ohne einander kommen diese beiden nicht aus: der dienende Gott ist ein Beispiel, gleichzeitig aber auch ein Postulat, das mit dem „höchsten Gut“ identisch ist. Es ist im Christentum ein höchstes Gut, das bis zur Selbstaufgabe dient und damit den Weg für die Einsicht in richtiges Handeln gemäß Pflicht freimacht. Bei dieser Pflicht handelt es sich auch und nicht ganz zuletzt um eine Pflicht zu sozialem Handeln. Daraus folgt für mich ganz zwingend, dass ein Reich Gottes auf Erden zu bewirken unser höchstes religiöses und damit moralisches Ziel sein muss. Dieses Reich ist vor allem eines, in welchem all die leidenden Menschen, die Außenseiter, die Sklaven und die Armen alles das nicht mehr sind. Solange wir dies nicht vermögen und bis zur Verwirklichung dieser Forderungen sind wir auch nicht mit dem Christengott wirklich versöhnt. Und: wir haben die Forderungen aus Jesu Leben, Sterben und Auferstehung nicht verstanden und schon gar nicht befolgt.

Nach Kant kommt demnach die Religion aus der Moral, sie ist notwendige Folge des Strebens des Menschen nach Glückseligkeit, die Glückswürdigkeit voraussetzt. Das heißt nicht, dass Gott – als Postulat und regulative Idee – nicht objektiv wäre, dies heißt nur, dass er nur durch eine praktische Metaphysik erkennbar ist, nicht in der naturwissenschaftlichen oder mathematischen Theorie. Für unsere Sollensmetaphysik ist der Zusammenhang noch dialektischer. Wir haben durch das Leben Jesu klare Hinweise auf eine unabdingbare Ethik, finden aber umgekehrt nur in einem höchsten Gut, das zuvor philosophisch definiert war, eine letzte Vernunftbegründung. So ergänzen und bedingen sich Metaphysik und Religion unmittelbar. Genau das ist das, was zur Sicherheit menschlich einwandfreien moralischen Handelns erforderlich ist: humanistische Begründungen reichen nicht, weil sie nicht zweifelsfrei auch in Grenzfällen menschlicher Situationen das Richtige tun lassen; rein religiöse Begründungen bleiben insofern schwierig, als ihnen eine letztlich solide gedankliche Basis in der menschlichen Vernunft fehlt. Nur beides zusammen leistet letztlich die Garantie für im Sinne unserer Metaphysik „erfolgreiches“ Handeln, so dass mein „kategorischer Imperativ“, der Imperativ der Sozialpolitik, wie folgt zu fassen wäre:

„Handle stets so, das der Mensch immer Zweck deiner in freier Willensentscheidung begründeten Handlungen ist und sei dabei sicher, dass das Leben Jesu Dir dafür die rechten inhaltlichen Anhaltspunkte, Hinweise und Forderungen gibt.“

Hier sind materielle und formelle Ethik zusammen gedacht. Eine Menschheit, ein Land, eine Nation, eine Gruppe, der Einzelne, die so denken und handeln, können mit Sicherheit niemals Kriege anzetteln, Armut verursachen, Naturkatastrophen nach Kassenlage verhindern oder deren Folgen nach sozialer Klasseneinteilung regulieren; sie können niemals zu wenig für die Bekämpfung von Hunger und Krankheit tun, sie werden nie das Gewinnmaximierungsprinzip in den Vordergrund ihrer Handlungen rücken, sie werden öffentlich handeln wo es erforderlich ist und notwendige Entscheidungen und Aktionen nicht Privaten überlassen, deren Interesse sicherlich nur ein ökonomisches ist – wir kommen somit auch zu einer Kritik der reinen instrumentellen Vernunft, deren Anwendung in der gesellschaftlichen Praxis sich nach oben beschriebenem kategorischen Imperativ verbietet.

Wie zu sehen ist lebt diese metaphysische Ethik von einer Art Vernunftreligion, in der Gott – auch Jesus war und ist Gott – notwendiges Postulat einer praktischen Vernunft ist und bei der zugleich die wesentliche Voraussetzung in der Nachfolge Jesu auf seinem Weg im Dienste der Randfiguren, der Armen, Unterdrückten, der Sünder besteht. Dies alles zusammen ist hier zu einer Art echter bürgerlicher Moderne zusammengebunden, die uns auch in der Sozialpolitik Maßstäbe und Garantien an die Hand gibt, die wir für unser Handeln und Beurteilen dringend benötigen.

Auch Kant hält die Frage nach Gott für unabweisbar, weil die menschliche Vernunft wie von selbst auf diesen letzten Verursacher aller Dinge, der Natur, des Menschen, man kann ihn auch Schöpfer nennen, zu sprechen kommt. Diese Vernunft will wissen, wie man etwas, das man in keiner Weise sehen, spüren, erfahren kann, dennoch mit den Mitteln der Philosophie erkennen kann, also Urteile über etwas abgeben kann, über das es schlechterdings Erfahrungen nach wissenschaftlichen Maßstäben nicht geben kann.

Wenn wir hier eine Metaphysik der Moderne schreiben wollen, fragen wir – und haben dies in diesem Buch ausführlich getan – nach Prinzipien, die hinter der alltäglichen Welt, hinter allen Dingen, liegen. Dabei sind es nicht nur für jeden Menschen, ja schon für diesen als Alltagswesen, Fragen, die von selber auf ihn zukommen, nicht nur in Zeiten persönlicher Krisen, aber da besonders, sondern die Frage nach dem „Ding an sich“ (Kant) muss gestellt und beantwortet werden im Interesse der Sicherung und Garantie eines halbwegs funktionierenden und für alle erträglichen (politischen) Alltags. Warum? Weil wir uns schlechterdings nicht zufrieden geben wollen (und auch sollten) mit dem, was ist. Schon die Frage, warum der Alltag so ist wie er ist und nicht vielmehr anders, kann uns beschäftigen. Vielmehr aber noch die Frage,

warum überhaupt etwas in der Welt ist und nicht viel mehr nichts, harrt einer menschlich erträglichen Antwort.

Diese Antwort wird uns von der Naturwissenschaft auf dem Feld der Physik gegeben. Und auf dem Feld der Biologie und in vielen anderen Naturwissenschaften. Keine Antwort kommt auf einen Gott, obwohl dieser durch diese Antworten keineswegs ausgeschlossen wird oder werden kann. Dabei kommt es uns hier auf die moralische, also politische Seite an, denn die naturwissenschaftlich gibt uns – will auch nicht – sowieso keine entsprechende Antwort, weil sie darüber ja „nichts sagen kann“. Stellen wir also für die Zwecke unserer Metaphysik die Frage: Warum ist menschliches Zusammenleben in dieser Welt so wie es ist, warum nicht anders, warum nicht für viele erträglicher als es tatsächlich ist? Diese Fragen und mögliche Antworten haben wir in diesem Papier schon öfter gestellt und gegeben. Metaphysisch gewendet lautet die Frage: was berechtigt uns anzunehmen, dass das Leben wie es ist und die Einrichtungen der Welt häufig, für viele immer, defekt sind und was zur Behauptung von Alternativen? Hinter dem Seienden – ein alter philosophischer Begriff – steckt immer auch der Grund für das real Existierende und eine mögliche Alternative.

Der Grund für alles auch modern Existierende, oder die Ursache, im ganz Grundsätzlichen wird Gott genannt. Wir können dieses höchste Gut in einem Theodizee-Versuch entlasten als für die Misere der Welt nicht verantwortlich, eben weil der Mensch in Vergangenheit und Zukunft mit freiem Willen zum Guten und Bösen ausgestattet ist; Gott bleibt allmächtig und gütig, bleibt auch persönlich gerade dann, wenn er „verteidigt“ wird durch die Erkenntnis, dass am Ende auch der Mensch seine eigene Geschichte gestaltet und verantwortet. Dies liegt im Wesen der Schöpfung des Menschen als eines freien Ebenbildes Gottes.

Dies ändert nichts daran, dass notwendig ein solches höchstes Gut bestehen muss wenn wir nicht in vollkommenen Nihilismus verfallen wollen. Dieses höchste Gut ist seinem philosophischen Wesen nach vollkommen, gütig, mächtig und verantwortlich – denn Allmacht ohne Verantwortung kann es nicht geben – also doch keine Theodizee? Doch, wenn man annimmt und behauptet, dass das höchste Gut seine Verantwortung durch den Menschen wahrnimmt und sich in der Geschichte der Menschheit zu erkennen gibt – vor allem in ihr wirkt. Und wenn man weiter annimmt, dass der Mensch weiß, was er zu tun hat. Diese Sollensmetaphysik ist hier kurz behandelt worden. Dann allerdings – wenn der Mensch selbst ein Teil Gottes ist, es vor allem im geschichtlichen Verlauf immer besser werden kann – wäre ein Beweis – nicht Gottes – aber seiner Notwendigkeit erbracht. Nur wenn man Nihilismus annimmt und den Menschen ebenfalls für nichts verantwortlich sein lässt und meint, Handlungen, Entscheidungen, geschichtliche Ereignisse seien an sich folgenlos, dann ist die Notwendigkeit für ein höchstes Gut nicht gegeben. Dennoch leuch-

tet in jeder auch noch so Gott fernen Ideologie und Politik, in jeder entsprechenden menschlichen Handlungsweise grundsätzlicher Art immer die Frage auf nach dem, was dahinter liegt. Also auch vollkommen metaphysikferne Menschen nehmen noch etwas an, was dahinter liegt.

Umso mehr die Philosophie, die noch Metaphysik betrieben hat, nämlich die Kants. Seine Gottesbeweise sind dialektisch. Die traditionellen wehrt er mit guten Argumenten ab, nur um so zu beweisen, dass der Mensch, die bürgerliche Gesellschaft, Gott als Ideal der Vernunft notwendig behaupten, nicht beweisen, muss, um Politik betreiben zu können. Dies bleibt auch für uns bemerkenswert: auch moderne Politik, Ökonomie und Staatlichkeit kommen ohne Gott nicht aus – nicht als ein unverbindlich lieber Gott, sondern als Gesetzgeber, Vorbild, Fordernder.

Kant verlagert die Gottesbeweise von der als Wissenschaft nicht möglichen Metaphysik in als Politik nicht nur mögliche, sondern vollkommen notwendige Metaphysik. Alle Gottesbeweise enden in dem Dilemma, dass sie Gott zwar nicht mit Mitteln des Verstandes wirklich beweisen können, weil sie widersprüchlich sind, aber ihn auch nicht leugnen können, weil es sich bei der Behauptung „Gott existiert nicht“ um die selbe Aussagestruktur handelt wie bei dem Satz „Gott existiert“, es sind Antinomien. Als Forderung menschlicher Vernunft, sozusagen politischer Vernunft, existiert Gott so gut wie das Sittengesetz, vielleicht ist er die Bedingung für das Sittengesetz.

Einen Beweis will ich hier – auch für die Zwecke politischer Metaphysik – diskutieren. Es ist der „ontologische“. Dieser hat etwa folgende Aussage: der Mensch denkt ein höchstes Wesen als notwendig. Wenn dieses Wesen das höchste sei, über das hinaus nichts denkbar ist, so muss es auch allmächtig und allgütig sein. Zur höchsten Qualität eines mächtigsten Wesens gehört auch die Existenz. Ich denke, also ist er, so könnte man das formulieren. Kant hat, wie Thomas Mann einmal formuliert, mit „energischsten Worten dieser Beweisführung widersprochen“, indem er sagt, dass der Begriff „Existenz“ kein Prädikat sei, also als Aussage nicht möglich ist. Alle anderen Gottesbeweise, auch der kosmologische, benötigen jedoch letztlich diese Aussage und scheitern deshalb. Dennoch bleibt für den menschlichen Verstand zwar dies nicht aussagbar, für die Vernunft hingegen die Forderung bestehen, dass es dieses höchste Wesen (eben als Forderung, also als Ideal oder Postulat) geben müsse, wenn wir – selbst diese Aussage ist möglich – als bürgerliche Gesellschaft halbwegs geordnet zusammen leben wollen. Jeder als Wissenschaft vorgetragene Beweis einer höchsten Existenz scheitert also an der Logik, er scheitert nicht an der Politik – dort wird er sozusagen beweisbar. Wir müssen nur die an sich simple Annahme treffen, dass ohne Orientierung an diesem Gott eine weltliche Ordnung ebenso wenig möglich ist wie eine persönliche Existenz des einzelnen Menschen, jedenfalls in beiden Betrachtungen keine befriedigende und weiterführende Existenz. Die Mensch-

heit hat es versucht, ohne diese – ich hoffe, man versteht jetzt diesen Begriff gut – metaphysische Orientierung auszukommen – sie ist gescheitert und das Scheitern droht sich auch ohne klassischen Weltkrieg zum Desaster auszuweiten. Der Gott in der europäischen Verfassung oder – als Präambel – im deutschen Grundgesetz ist dort jeweils ein „Kuschelgott“, der offenkundig zu gar nichts verbindet als zur Abgrenzung von anderen Kulturen. Will man diese Metaphysik ernsthaft diskutieren, so muss man sich erst einmal der Verpflichtungen versichern, die ein solcher Gott den Menschen auferlegt bzw. – da er in der „Variante“ Kants die Denk- und praktische Folge der freiheitlichen Willenverfassung des Menschen ist – die er als höchstes Gut absichert hinsichtlich der Folgen für den einzelnen moralisch handelnden Menschen und seiner Gesellschaft. Das heißt nun wiederum wesentlich, die bürgerliche Nachfolge des dienenden Gottes anzutreten: wir müssen eine Geschichte gestalten, die rein aus der Verpflichtung zum Dienst das Positive hervorbringt. Dabei haben wir die durch die „Erfahrungserkenntnis“ des Lebens Jesu deutlichen Hinweise, wie dies praktisch zu geschehen hat. Also wäre diese Sollensmetaphysik auf diese Weise dennoch eine Wissenschaft, weil mindestens historische Erfahrung gegeben ist. Gott wäre dann als Erfahrung wissenschaftlich beweisbar, wissenschaftlich im Sinne selbst der Kriterien, die Kant dafür aufstellt.

Wir haben von einer geschichtlich zu entwickelnden besseren Welt gesprochen. Dies ist dann genau das Gegenteil vom „Ende der Geschichte“. Diese würde jetzt erst wirklich beginnen; getragen von einem Menschengeschlecht mit der richtigen Orientierung, dem richtigen Ziel, der richtigen, verbindlichen Grundlage. Lasst uns damit jetzt anfangen. An dieser Stelle kann dies nur skizzenhaft geschehen, in dem wir mitteilen, an welchen Punkten eine Umsetzung der hier gewonnen Erkenntnisse sofort geschehen muss.

Eine Umsetzung – so die Grundthese – ist nur möglich, wenn wir unsere Gesellschaft auf die Basis eines Sittengesetzes stellen, das, obwohl abstrakt und immer geltend, die berechtigten Anliegen einer modernen Welt mit ihren relativen Geltungen von Sitte und Alltagsmoral, von Zielen, Wünschen und Befindlichkeiten berücksichtigt. Gleichzeitig jedoch hat diese Metaphysik zur Voraussetzung, dass sie als empirische Basis, nicht als theoretische, das Leben Jesu akzeptiert, ein Leben, das in seiner bedingungslosen Liebe gleichzeitig aber genau so bedingungslos fordert, herausfordert zu verbindlichen, verpflichtenden Taten im Interesse einer Menschengesellschaft, die ihr Himmelreich langfristig auf Erden aufpflanzen will – „Reich Gottes auf Erden“.

Was also wollen wir heute mit dieser abgestanden Begrifflichkeit „Reich Gottes“? Soll diese jetzt zur Grundlage einer modernen politischen Organisation im Angesicht der so genannten Globalisierung werden? Wir haben es im ersten Teil, in der theoretischen Grundlegung, so angedeutet. Es bleibt die einzige Möglichkeit, ein für alle er-

trägliches Leben zu schaffen. Dieses Reich Gottes – dies ist die erste Konsequenz aus der Sollensmetaphysik – ist vollständig von der Ökonomisierung des Lebens befreit, es ist aber auch bereit zu einem rationalen Umgang mit ökonomischen Prozessen in dem Sinne, dass diese Prozesse zu einer reinen Funktion herabgestuft worden sein. Dies ist also die erste Forderung an den neuen Staat: Ökonomie – schlagwortartig – ja, keine „Durchökonomisierung“. Denn eines ist sicherlich klar: dass Wirtschaften notwendig ist, um Leben zu gestalten, überhaupt zu führen, wird niemand bestreiten. Was hier, dies ist natürlich keineswegs irgendwie neu, bestritten wird, ist die Notwendigkeit, alles dem Prinzip des homo oeconomicus zu unterwerfen, einem Prinzip also, das im Vordergrund seiner Maxime keinen Inhalt, keinen Wert sieht, dem es vollständig gleichgültig ist, was „bewirtschaftet“ wird, wenn nur ein Profit dabei herauskommt. Dies ist kein Kitt für Jahrhunderte.

Da aber nun einmal – wie ebenfalls oben gezeigt wurde – der diese Welt tragende Geist, der menschliche, im Sinne der metaphysischen Feststellungen „böse“ ist, also ökonomisch gesonnen, ist die zweite Forderung an unseren reformierten Staat: die Erziehung, Aufklärung, mit einem Wort, die Vorbereitung zum Abschied vom Nichtprinzipiellen (Marquard verkehrt). Denn: Ökonomie – wird sie so betrieben und ideologisch verteidigt und begründet – ist prinzipienlos im schlechtesten Sinne, es kommt aber darauf an, Prinzipien, Maxime zu haben, die langfristig wirklich weiter führen.

Diese sofort umzusetzenden Maßnahmen sind: die Entmachtung des Ökonomen und die Aufklärung des Menschen. Wie bringen wir dies in „Staat“? Womit machen wir dann Staat? Wir wollten mit diesem kleinen Buch eine theoretische Grundlage für den Aufbau öffentlichen Handelns schaffen. Eine zukünftige „Organisationenlehre“ dieses kategorischen Imperativs der Sozialpolitik, diese Lehre würde in einem zweiten Teil folgen, müsste die beiden folgenden Aufgaben sofort angehen, damit sie langfristig erledigt werden: zum einen die Relativierung des Einflusses der Ökonomie durch Organisationsreform im Staat und in der Gesellschaft. Zum anderen der Aufbau einer durchgehenden Aufklärung der Menschen mit Hilfe einer Sollensmetaphysik und dem Ziel, dem Menschen – er hat einen freien Willen – Anhaltspunkte an die Hand zu geben, warum er sich besser gegen das „böse“ – also gar kein – Prinzip und für das Leben Jesu entscheiden sollte, so schwer es auch fällt.

So endet diese kleine Streitschrift sehr offen. Wenn jedoch auch nur einige Kleinigkeiten meiner „Aufstellungen“ angemessen erscheinen und einleuchten, dann ergeben sich daraus konsequent diese beiden Aufträge an die handelnde Menschheit.